

Der Weimardienst

Völkerbunds-
entwurf vom
Februar 1919
verlangte
noch:

FRANKREICH
DEUTSCHLAND
ITALIEN
AMERIKA
ENGLAND

Gleichmäßige Abrüstung aller Länder!

4ter Punkt:
Austausch ausreichender Garantien dafür,
daß die nationalen Rüstungen auf das
niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu
vereinbarende Maß herabgesetzt werden

Aber

Es verlangte:

jede weitere Kommissionsberatung verschärfte willkürlich
die Bestimmungen über die deutsche Entwaffnung

1.

Der Loucheur-
Bericht vom
7 Febr. 1919

300 000 MANN
9825 MASCHINENGESCHÜTZE
1575 FEUGESCHÜTZE
1400 MINENWERFER
1000 SCHWERE GESCHÜTZE
FLUGZEUGE

2.

Der Foch-Bericht
vom 3. März

200 000 MANN
3825 MASCHINENGESCHÜTZE
600 FEUGESCHÜTZE
1400 MINENWERFER
180 SCHW. GESCHÜTZE

3.

Der Foch-Bericht
vom 10. März

200 000 MANN
2500 MASCHINENGESCHÜTZE
432 FEUGESCHÜTZE
500 MINENWERFER

4.

Der Beschluss
des Rates
vom 10. März

100 000 MANN
2000 MASCHINENGESCHÜTZE
432 FEUGESCHÜTZE
500 MINENWERFER

5.

Der Friedens-
vertrag

100 000 MANN
1000 MASCHINENGESCHÜTZE
288 FEUGESCHÜTZE
250 MINENWERFER

Die „Planmäßigkeit“
der deutschen Entwaffnung

Wie es zum 100 000-Mann-Heer kam / Von Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Ziegler

Wer den Versailler Vertrag liest, muß auf den Gedanken kommen, daß das Deutschland bewilligte 100 000-Mann-Heer mit der dazugehörigen Ausrüstung das Ergebnis eines bestimmten Abrüstungsplanes der Siegermächte im Rahmen eines allgemeinen Abrüstungsprogrammes gewesen sei. Dieser Annahme leistet der Vertrag selbst durch seinen Artikel 160 Vorschub, in dem es heißt: „Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt.“

Jahrelang hat sich diese Theorie aufrecht erhalten. Sogar in die Botschaft des Präsidenten Hoover vom 22. Juni 1932 hat sie Eingang gefunden, insofern als Hoover die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Streitkräfte der entworfenen Staaten als eine Art Modell für die künftigen Polizeikräfte empfahl. So bestehend diese Theorie ist, so wenig stichhaltig ist sie. Denn sie erweist sich bei einer kritischen historischen Prüfung als eine konventionelle Fabel zum Nutzen und Frommen der Siegermächte.

In fünf Phasen hat sich die deutsche Entwaffnung auf der Pariser „Friedens“-Konferenz vollzogen. Am Anfang stand der Bericht der sogenannten Loucheur-Kommission vom 7. Februar 1919. Dieser hielt zur Befestigung der deutschen Grenzen und zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung für „absolut notwendig“ eine Armee von dreihunderttausend Mann, ausgehoben auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, und eine Ausrüstung von u. a. 1000 schweren Geschützen und 412 500 Gewehren. Auf ihn folgte der Bericht der sogenannten Foch-Kommission vom 3. März, der für den gleichen Zweck eine Armee von 200 000 Mann, ausgehoben auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, und von 180 schweren Geschützen für ausreichend hielt. Dieser Bericht wurde wieder überholt durch einen neuen Bericht der gleichen Kommission vom 10. März, der für den gleichen Zweck eine Freiwilligenarmee von 140 000 Mann bewilligte, die schweren Geschütze abschaffte und sich mit 150 000 Gewehren begnügte. Aber auch dieser Bericht war noch kein Definitivum. Denn der „Rat der Vier“ setzte am 10. März nochmals die Kopfsätze der Armee von 140 000 auf 100 000 Mann herab. Ohne daß auch dies das

letzte Wort der Alliierten war. Denn zum Schluß wurde auch dieser Beschluß noch einer Änderung unterworfen dadurch, daß im Friedensvertrag selbst die Menge der Kriegsmaterialien noch einmal um rund ein Drittel gekürzt wurde.

Jeder, der diesen rohen äußeren Hergang auf sich wirken läßt, wird nur einen Eindruck aus dieser stückweisen Kürzung gewinnen, den der Infonsequenz, sowohl in der Quantität wie in der Qualität, in der Methode wie im Prinzip. Was gestern

und vorgeföhrt für angemessen und erforderlich erklärt worden war, wurde heute verweigert und morgen verleugnet. Als Schlüssel zum Verständnis dieser Kette von Infonsequenzen bleibt nur die eine Tendenz und das eine Bestreben, Deutschland und seine Verbündeten so weit zu schwächen, wie nur irgend möglich. Dieses Bestreben war die einzige Konstante in dem Wechsel der Meinungen und Ziffern. In ihm waren sich alle Beteiligten einig. Und nur aus diesem Grundmotiv heraus gelang es auch, den Streit über die Kardinalfrage, in der sich alle uneinig waren, zum Schluß friedlich beizulegen, nämlich in der Frage, ob allgemeine Wehrpflicht oder Freiwilligenheer. Hier bestand eine tiefe Kluft zwischen Engländern und Franzosen. Denn während die Franzosen zur allgemeinen Wehrpflicht neigten, bestand Lloyd George mit eiserner Festigkeit auf deren Abschaffung. Zum Schluß gaben die Franzosen in der Frage des Prinzips den Engländern nach, dafür erhielten sie eine neue Herababridung der Ziffern. Das Abrüstungsschema von Versailles ist also weiter nichts als das Konglomerat verschiedenster politischer Interessen.

Im Friedensvertrag selbst aber fand, daß diese Rüstungsstärke Deutschland „für die Erhaltung der Ordnung und zur Grenzpolizei“ zugebilligt sei. Also ist die gleiche Formel, die an der Spitze des Loucheur-Berichts vom 7. Februar stand. Nur daß mittlerweile der Aufbau und Umfang des deutschen Heerwesens vollkommen umgekehrt worden war. Nichts kann drastischer die innere Unwahrscheinlichkeit dieses Systems eines Abrüstungsschemas belichten. Wenn diesem ganzen Zirkusakt überhaupt ein „System“ zugrunde gelegen hat, dann war es nur das System der blinden Vernichtung des Gegners bis an die Grenze des politisch Möglichen.

Die Etappen der „planmäßigen“ deutschen Entwaffnung

1. Loucheur-Bericht vom 7. Februar 1919

Zweck der Armee: „Befestigung der deutschen Grenzen und Aufrechterhaltung der inneren Ordnung.“

Kopfsätze:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
500 000 Mann	Allgemeine Wehrpflicht	1 000 schwere Geschütze
= 25 Infanterie- und	(Dienstzeit nicht bestimmt)	1 575 Feldgeschütze
5 Kavallerie-		5 825 Maschinengewehre
divisionen		4 500 Autom. Gewehre
		412 500 Gewehre
		1 400 Minenwerfer
		7 Flugzeuge

2. Foch-Bericht vom 3. März

Zweck der Armee: „Sicherung der Ordnung und zur Polizei im Innern.“

Kopfsätze:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
200 000 Mann und	Mannschaften —	180 schwere Geschütze
9 000 Offiziere	Allgemeine Wehrpflicht	600 Feldgeschütze
= 15 Infanterie- und	(einjährige Dienstzeit)	
5 Kavallerie-	Offiziere —	
divisionen	Freiwillige Meldung	

3. Foch-Bericht vom 10. März

Zweck der Armee: „Sicherung der Ordnung und Polizeikontrolle innerhalb des Landes.“

Kopfsätze:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
140 000 Mann	Freiwillige Meldung für	— schwere Geschütze
(134 000 Mannschaften u.	Mannschaften (12 jährige	432 Feldgeschütze
6 000 Offiziere)	Dienstzeit) und Offiziere	2 906 Maschinengewehre
		150 000 Gewehre
		396 Minenwerfer

4. Beschluß des „Rates“ vom 10. März

Kopfsätze:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
100 000 Mann	Wie vorher	Wie vorher
(96 000 Mannschaften u.		
4 000 Offiziere)		
= 7 Infanterie- und		
5 Kavallerie-		
divisionen		

5. Friedensvertrag

Kopfsätze:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
Wie vorher	Wie vorher	— schwere Geschütze
		288 Feldgeschütze
		1 926 Maschinengewehre
		102 000 Gewehre
		252 Minenwerfer

Der Kampf um die Abrüstung im Jahre 1932

Von Hauptmann Walter Jost

Wenn die Abrüstungskonferenz des Völkerverbundes Ende Januar 1933 ihre Arbeit wieder aufnimmt, kann sie wenige Tage später der einjährigen Wiederkehr ihres Zusammentritts vom 2. Februar 1932 gedenken. Ein Anlaß, dem wir Gedenksatz mit freudiger Anteilnahme zu begehen, ist nicht gegeben. Im Gegenteil! Die Welt ist offenbar nicht deutlicher als das trostlose Ergebnis der bisherigen Abrüstungsverhandlungen als einige nützliche zeitliche Feststellungen. Mindestens alle zehn Jahre sollen nach dem Wortlaut des Artikels 8 der Völkerverbundsstatuten von 1919 die Abrüstungspläne des Völkerverbundes einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung unterzogen werden. Inzwischen sind dreizehn Jahre verstrichen, ohne daß von einer ernsthaften Nachprüfung, geschweige denn von einer Berichtigung von Abrüstungsplänen etwas zu merken war. Im Herbst 1931 veranstaltete der damalige englische Außenminister Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, ihre Dauer um längstens neun Monate. Jetzt tagt sie ein Jahr und steht fast noch am Anfang ihrer Arbeiten. Und von der Frage, die die Konferenz jetzt beschäftigen wird und die man kurz als die französische Sicherheitsfrage bezeichnen kann, meinte der amerikanische Delegierte Norman Davis kürzlich, daß ihre eingehende Behandlung ein bis zwei Jahre erfordern würde. Solche Erinnerungen und Voraussagen kränken jeden Optimismus bezüglich des künftigen Ganges der Genfer Verhandlungen.

Die tiefsten Gründe, weshalb sich diese Verschleppungstatistik werden darf, sobald man die Frage beantwortet, weshalb der Kampf in Genf eigentlich geht. Sicherheit und Kriegsvorbereitung durch wirkliche Abrüstung — das war die einmütige Forderung aller Völker am Ende des Weltkrieges; das war und bleibt auch der Sinn des Artikels 8 der Völkerverbundsstatute. Aber die Schwungkraft dieser Idee ist längst gebrochen. Das, was sich jetzt in Genf abspielt, ist viel weniger ein Kampf um die Kriegsvorbereitung als ein mit den Mitteln der Diplomatie geführtes großes Ringen um die Grundfragen künftiger Kriege und um die Machtverteilung in der Welt. Gerade deshalb ist die Abrüstungskonferenz das zentrale außenpolitische Problem der Gegenwart geworden, das schon längst aus dem militärischen Bereich in alle großen Fragen der Politik hindurchgreift. Wie haben das bei der Lösung der Reparationsfrage in Kaufman erlebt; wie haben es bei dem Kriegsschuldenerkenntnis zwischen Amerika und Frankreich. Wir werden diesen Zusammenhang wohlwollend auch bei der kommenden Weltwirtschaftskonferenz sehen, und wir haben aus der Neujaahrsansprache des Reichspräsidenten erfahren, welche Bedeutung die Weltwirtschaftsfrage einer positiven Lösung der französischen Sicherheitsfrage in innerpolitischer Hinsicht beizumessen. Überall, wo nach dem Zukunftsorientierten Vertrauen und einer zeitlich endbegrenzten Stabilisierung der heutigen Rüstungen durch die Vereinbarungen nach der Rüstungspflanzung, der vorläufig bis Ende Februar 1933 gilt. Alle anderen Beschlüsse der Konferenz sind gegenwärtigen Zukunftsmusik und davon abhängig, ob wirklich ein von allen Mächten freiwillig unterzeichnetes endgültiges Abkommen zustande kommt. Immerhin machen diese Entscheidungen den Weg, den man gehen will, einigermaßen deutlich, und sie schatten auch eine Wertung, inwieweit sie sich im Sinne einer positiven Abrüstung auswirken können.

Was ist nun das Ergebnis des ersten Jahres der Abrüstungskonferenz? Wie ist diese Bilanz zu werden, und welche Fronten haben sich am Beginn des neuen Abschnittes der Konferenz gegenüber? Zunächst müssen wir feststellen, daß das erste Jahr der Konferenz auf keinem Gebiet auch nur die geringste praktisch sichtbare Abrüstungsmaßnahme gebracht hat. Kein Bombenflugzeug, kein Kampfschiff, kein U-Boot oder anderes Kriegsschiff, kein Geschütz und kein Maschinenabwehr ist zerstört oder weniger gebaut, nicht ein einziger Mann wegen Ausgeschildet worden, als es ohne Konferenz der Fall gewesen wäre. Erreicht ist bisher lediglich eine zeitlich endbegrenzte Stabilisierung der heutigen Rüstungen durch die Vereinbarungen nach der Rüstungspflanzung, der vorläufig bis Ende Februar 1933 gilt. Alle anderen Beschlüsse der Konferenz sind gegenwärtigen Zukunftsmusik und davon abhängig, ob wirklich ein von allen Mächten freiwillig unterzeichnetes endgültiges Abkommen zustande kommt. Immerhin machen diese Entscheidungen den Weg, den man gehen will, einigermaßen deutlich, und sie schatten auch eine Wertung, inwieweit sie sich im Sinne einer positiven Abrüstung auswirken können.

Als die Konferenz am 2. Februar 1932 zusammentrat, konnte sie auf die Ergebnisse der fünfjährigen Vorarbeiten der Vorbereitungskommission zurückgreifen, die in dem Konventionsentwurf vom Dezember 1930 ihren Niederschlag gefunden hatten. Wir brauchen dieses monographische Dokument hier nicht näher zu erläutern, denn es gehört in wesentlichen Zellen der Vergangenheit an. Es genügt, daran zu erinnern, daß Deutschland feierndest dem Konventionsentwurf nicht unterzeichnete, weil er in seinem Gesamtinhalt an Stelle einer wirklichen Abrüstung eine Schein-Abrüstung einschloß und darüber hinaus in dem berüchtigten Artikel 3 ausdrücklich die Fortdauer der wehrpolitischen Rüstung Deutschlands vorsah. Aber schon bei der Generaldebatte, die vom 8. bis 24. Februar 1932 stattfand, zeigte sich eine veränderte Atmosphäre. Zwar verurteilte Frankreich, durch Vorlage seines Planes vom 3. Februar die Konferenz in seine Bahnen zu lenken. Es stieß dabei auf wenig Gegenliebe. Die Fronten zeichneten sich bald klar ab. Auf der

einen Seite Frankreich, unterstützt von den ihm verbündeten Ostaaten — mit dem zugleich reaktionären und überfortschrittlichen Programm: reaktionär, indem es jede Abrüstung von dem vorherigen Ausbau der Sicherheit abhängig macht, in der Behauptung, es habe bereits abgerüstet, reaktionär im Willen, den Zustand Europas von 1919 zu verewigen; überfortschrittlich und utopisch in der Forderung nach Schaffung einer Völkerverbundsarmee, einer internationalen Polizei und Internationalisierung der Zivilkraft. Der Völkerverbund als Richter, der Versailles Vertrag als Geheißbuch und die mit dem Namensschild „Völkerverbundsarmee“ — schlecht getarnte französische Weltmacht als Gendarm, der den Gerichtspräsidenten stellt — das ist der Kern des französischen Programms vom 3. Februar 1932. Es ist auch — wie vorgefunden gleich bemerkt sei — mit gewissen Modifikationen der Grundgedanke des neuen französischen Planes vom November 1932. Aber diesem französischen Wunschbild verlagten die anderen Großmächte ihre Zustimmung. England betonte scharf die Notwendigkeit einer tatsächlichen Herabsetzung der Rüstungen. Es trat neben einer quantitativen Beschränkung für das Verbot gewisser Angriffswaffen ein. Die Vereinigten Staaten schloßen sich diesem Gedanken an. Für die Berechnung der Randverhältnisse machten sie den interessanten Vorstoß, einen Zwischenschritt darauf, daß jedes Land eine Sicherheitsleistung zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und ein zweites zur nationalen Verteidigung nach außen versagen müßte. Unausgesprochen enthielt der amerikanische Vorstoß die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und das Eingeständnis, daß Deutschland mit der Reichsmacht seine nationale Sicherheit nicht gewährleisten kann. Noch weiter als die angelsächsischen Mächte gingen Italien und Rußland. Ersteres forderte gleiches Recht für alle Staaten, Abrüstung auf das niedrigste Maß und Verbot fast aller Angriffswaffen, die Deutschland unterlag. In der gleichen Richtung zielten die deutschen Vorschläge. Rußland — Deutschland schlug eine allgemeine Abrüstung nach dem Muster von Versailles vor.

Der Konventionsentwurf von 1930 war durch die Generaldebatte in seinen wesentlichen abrüstungsfeindlichen Grundzügen durchbrochen. An Stelle des französischen Wunsches, ihn als „Grundlage“ der künftigen Verhandlungen zu nehmen, wurde von der General-Kommission eine Entschleppung angenommen, die zwar den Konventionsentwurf als „Rahmen“ der Erörterungen anerkannte, aber allen Staaten völlige Freiheit für weitergehende Vorschläge und Erklärungsanträge ließ. An Hand dieser Richtlinien wurden dann alle Urträge und Vorschläge in einer Tagesordnung zusammengefaßt. Mitte April fanden die drei ersten der 54 Punkte in grundlegenden Entscheidungen ihre Erledigung.

Diese drei Beschlüsse sind deshalb wichtig, weil sie das einzige positive Ergebnis des ersten Tagungsabschnitts der Konferenz darstellen und die leitenden Grundzüge für ein allgemeines Abrüstungsabkommen enthalten.

Beim ersten Punkt handelte es sich darum, ob die Abrüstung gleich auf einmal oder erst in mehreren Etappen verwirklicht werden soll. Deutschland hatte allen Grund, für sofortige Abrüstung auf den niedrigsten Stand einzutreten. Nach der Ansicht fast aller anderen Mächte ist aber die Abrüstung auf einen Schlag nicht durchführbar. Schließlich einigte man sich auf eine Kompromissformel, die eine etappenweise Abrüstung „in angemessenen Abständen“ vorsieht, wobei die jetzige Konferenz die „erste entscheidende Etappe“ auf das „möglichst niedrige Maß“ verwirklichen soll.

Der zweite Punkt drehte sich um die Grundzüge, die das Maß der Abrüstung bestimmen sollen. Die Debatte endete mit dem Annahme einer Resolution, deren Wortlaut im wesentlichen dem Artikel 8 der Völkerverbundsstatuten entspricht. Danach sollen die Rüstungen auf ein Minimum herabgesetzt werden, das mit den nationalen Interessen und mit der Ausübung internationaler Verpflichtungen bei einer gemeinsamen Handlung vereinbar ist. Außerdem soll der geographischen Lage und den besonderen Verhältnissen eines jeden Staates Rechnung getragen werden. Wir kennen diesen vieldimensionalen Wortlaut zur Genüge. Er ist ein vorläufiges Objekt für Auslegungskünste aller Art. Bei den bevorstehenden Verhandlungen über die französische Sicherheitsfrage wird die deutsche Delegation die Argumente der „nationalen Sicherheit“ der „geographischen Lage“ — Dreifachkontingenz, Ökonomie, offene Grenzen — und der „besonderen Verhältnisse“ — internationalisierte Zone, Verbot der Kanonenbeschießung usw. — wirkungslos verwerten können.

Zu ernsthaften Geschehnissen kam es beim dritten Punkt bei der Frage, bestimmte Angriffswaffen zu verbieten. Davon wollte Frankreich nichts wissen. Fast alle anderen Großmächte aber bejahten dieses Prinzip. Dem persönlichen Eingreifen Carduiss gelang es, die Gefahr durch eine Formel zu beseitigen, wonach gewisse Angriffswaffen, mit deren Bestimmung die Sonderkommissionen beauftragt wurden, entweder abgeschafft oder — dem Völkerverbund zur Verfügung gestellt, d. h. internationalisiert werden sollen.

Überblickt man diese drei Vorfälle der Generalkommission, so offenbart sich deutlich ihr Charakter als Kompromißlösung. Man ging den entscheidenden Fragen aus dem Weg. Die großen Gegenstände kamen nicht zum Austrag, sondern wurden vertagt. Zwar drohte Frankreich die Gefahr der Isolierung, aber seine Macht genigte, um unlieblame Entscheidungen zu verhindern. Die Deutschland war nichts verloren, aber auch nicht viel gewonnen.

Zunächst man hatte in einem Zielsetzung und Grundrissen übereinstimmung erzielt. Sobald es sich aber um konkrete Fragen, um Zahlen, Waffen und Begriffsbestimmungen handelte, kamen die machtpolitischen Gegenstände kraft zum Vorschein. Das zeigte sich dem ersten Versuch, durch eine direkte Verständigung zwischen den Staatsmännern der Großmächte zum Ziel zu kommen. Ende April waren der Amerikaner Stimson, MacDonald, Grandi und Brining in Genf. Es fehlte nur Carle, der im letzten Augenblick durch Krankheit ferngehalten wurde. Noch deutlicher wurde der Scheitler bei den Beratungen der Sonderkommission über den Angriffscharakter bestimmter Waffenarten. Es ist schwer, über dieses Kapitel eine Satire zu schreiben! In keiner der drei für Land-, See- und Luftküstungen angesehten Kommissionen wurde Übereinstimmung erzielt. Jeder Staat hat diejenigen Waffen, auf denen seine Stärke beruht, als defensiv, diejenigen, von denen der andere mehr hatte, als offensiv bezeichnet. Nicht viel besser war das Schicksal des bedeutungslosen Vorschlags des Präsidenten Hoover vom 22. Juni. Dieses Programm baut die Grundgedanken des amerikanischen Februarvertrages weiter aus. Es unterteilt bei den Kanalisierungen zwischen Polizeikräften, für deren Hilfe das deutsche Beispiel richtungsgewiss sei, und zwischen Verteilungskräften. Die hochgerüsteten Staaten sollen ihre Verteilungskräfte um ein Drittel vermindern und außerdem die Kampfwagen und die bewegliche schwere Artillerie abschaffen. Bei den Seerüstungen schlug Hoover Herabsetzung der Gesamttonnage der wichtigsten Kriegsschiffstypen um ein Viertel oder ein Drittel, und das Entfaltung von völliger Abschaffung der Bombenflugzeuge und Verbot jedes Bombenabwurfs aus der Luft vor. Trotz der Zustimmung dieser Staaten scheiterte auch dieser Vorstoß vor allem an dem Widerstand Englands auf dem Gebiete der Seerüstungen und dem Frankreichs bezüglich der Landküstkräfte.

Aber mit der Vertagung des Hoover-Planes war die Kraft der Abrüstungskonferenz vorerst erloschen. Eine lange Pause sollte über die Krise hinweggehen, die die Schlusssession vom 23. Juli den offensibaren Mißerfolg vor der Weltöffentlichkeit veranschaulichte.

Es lohnt nicht, den Inhalt dieser Schlusssession näher zu erläutern. Als einzige positive Abrüstungsmaßnahme wiederholt sich das schon 1923 ausgesprochene Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges. Alle anderen für die Zukunft vorgesehenen Maßnahmen sind entweder bedeutungslos, oder ihre Durchführung wird so schwer zu erfüllende Vorbedingung gebunden. Von Abrüstung nach dem Muster von Versailles oder auch nur von Abschaffung der wichtigsten Angriffsaffen keine Spur!

Deutschland sagte deshalb zu dieser Resolution ein lautes und vernünftiges „Nein“ und machte seine weitere Mitarbeit in Genf von der vorherigen zweifelsfreien Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abhängig. Dieses Nein bedeutete einen doppelten Protest. Es war ein Protest des entworfenen Deutschlands, des Gläubigers der Abrüstungskonferenz, gegen die Zustimmung, den Abrüstungsbetrag für die Schlusssession mitzutragen. Und es war ein Protest gegen den Versuch, diesen Betrag am Gedanken der Abrüstung mit dem weiteren Betrag zu verbinden, Deutschland das primitive Grundrecht der menschlichen und staatlichen Gemeinschaft, den Anspruch auf Rechtsgleichheit, weiter vorzuenthalten.

Das deutsche „Nein“ hat seine Wirkung getan. Zwar dauerte es lange Monate, bis die Gleichberechtigung anerkannt wurde, und ganz ohne Kompromiß ist es auch dabei nicht abgegangen. Wir brauchen den Weg vom 23. Juli bis 11. Dezember nur anzudeuten. Ende August die Übermittlung der deutschen Auffassung über die Gleichberechtigungsfrage an Frankreich; Mitte September Frankreichs Ablehnung direkter Verhandlungen und Englands im Ton

verlehnende, im Wortlaut wesentlich negative Antwort. Anfang November Bekanntgabe des neuen französischen Planes mit einem ersten schlichten Schritt zur Gleichberechtigung, indem für den europäischen Kontinent ein einheitliches Wehrsystem auf militärischer Grundlage vorgesehen wird. Mitte November Englands grundsätzliche Anerkennung der moralischen Gleichberechtigung Deutschlands; am 11. Dezember endlich Einigung der fünf Großmächte auf eine Formel, die die Gleichberechtigung als leitenden Grundgedanken der künftigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz anerkennt und damit Deutschlands Teilnahme an der Konferenz wieder ermöglicht.

Aber die Bedeutung dieser Formel ist viel geschrumpft worden. Aber auch in den uns weniger wohlgeleiteten Auslandsstaaten wurde sie überwiegend als ein Erfolg der deutschen Außenpolitik gewertet. Für Deutschland gilt es, das Beste aus ihr zu machen. In diesem Sinne deuten wir die Vereinbarung wie folgt: Der Artikel 53 des Konventionentwurfs von 1930 ist endgültig tot; der Teil V des Diskrets von Versailles ist moralisch und völkerechtlich entworfen, es gibt keine Rückkehr mehr zu ihm, mag die Abrüstungskonferenz ausgehen, wie sie will. Wenn die Gleichberechtigung in einem System gewährt werden soll, das allen Staaten Sicherheit bietet, so muß dieses System durchaus nicht identisch sein mit dem französischen Sicherheitsideal. Für die Zustimmung der fünf Mächte, daß „unersüßlich“ ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine „wesentliche“ Rüstungsverminderung herbeiführt, wird das entworfenste Deutschland den Maßstab von vierzehn Jahren bemunungslosen Diktierens der Siegermächte, des von den „Abrüstungsspezialisten“ der gleichen Siegermächte ausgearbeiteten Versailles Diskrets und nicht zuletzt den Maßstab seines anerkannten Rechts auf gleiche nationale Sicherheit annehmen.

Die deutsche Bilanz des ersten Jahres der Abrüstungskonferenz aber sieht so aus: Auf der Sollseite kleiner praktisch sichtbare Abrüstung der Siegermächte, drei tausendkardige Entschliefungen mit unerschöpflichen Zielsetzungen für eine zukünftige Abrüstung. Auf der Sollseite weiter das fiasco der Resolution vom 23. Juli und das Offenbleiben aller machtpolitischen Gegenstände, denen man bisher sorgsam aus dem Wege ging. Zwar der Gegenstand Deutschland-Frankreich, immer noch gekennzeichnet durch die beiden Schlagworte „Sicherheit durch Abrüstung“ und „Erfri Sicherheit, dann Abrüstung“ und immer noch beherrscht von der Unvereinbarkeit der beiderseitigen Ansichten über die zukünftige Gestalt Europas. An zweiter Stelle der von kolonialen und seefaratesischen Gesichtspunkten geleitete Gegenstand Italien-Frankreich, der einerseits wieder die andauernde arabischen Spannungen zurückführt. Aber auch immer lösbar Widerprüche zwischen Frankreich und England in der Frage der R-Rüste und Luftküstkräfte, zwischen England und den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Schlachtschiffe und Kreuzer. Im fernsten Osten endlich das Problem Japan, das mit seinen Flottenvorschlügen vom Dezember ein günstigeres Kräfteverhältnis zu England und Amerika anstrebt und dadurch die Flottenabkommen von Washington und London in Frage stellt. Und das Drohen der Gefährde in der Mandchurien leitet symbolisch den neuen Start der Abrüstungskonferenz ein.

Auf der Habenseite aber als einziger Punkt die anerkannte deutsche Gleichberechtigung, der Kampf um ihre Durchsetzung als wichtigste außenpolitische Aufgabe vor uns. Ist da Optimismus an Plätze? Begründen nicht vierzehn Jahre Diktaturen und Abrüstungsabotage ein gerechtes Maß von Pessimismus? Wir glauben, weder zum Optimismus noch zum Pessimismus raten zu dürfen. Denn das Gewicht des einzigen deutschen Altopfens wird nicht von Stimmungen und Gefühlen abhängig sein, sondern von dem Willen, der Fähigkeit und Zielsicherheit unserer Staatsmänner und von der Stokkraft, die das deutsche Volk seinem unantastbaren Anspruch auf gleiche nationale Sicherheit verleiht. Mit felsen Willen uns Herz zu gehen, heißt das Gebot der Stunde. Es gilt für 1933, den Machtpunkt von Versailles in seinem inneren Kern zu zerbrechen.

Das Welfschuldenproblem von 1914 bis 1933 / Der Weg der Kriegsschulden

Von Kurt Heilig

Erfahrungen und Erkenntnisse werden mit der sie erlebenden Generation geboren und sterben zugleich mit ihr. Heute ist die Kriegsgeneration schon in voller Auflösung begriffen, es rückt eine Generation heran, die seit etwa 1910 geboren wurde. Diese letzten großen Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit und die nach ihnen heranwachsenden haben von 1930 an begonnen, wahlberechtigt zu werden. Sie sind oder werden bald Erwachsene und Staatsbürger. Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen beginnen jetzt, sie erleben die Erledigung der politischen Aufgaben aus dem Kriege von 1914 bis 1918 als Anfang ihres staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Zukunftsbildes.

Deswegen brauchen wir heute die leidenschaftslose ehrliche Dar-

stellung des Weges der Kriegsschulden, nicht als Entschuldigung für Geschehenes, sondern als Versuch, genommene und teuer bezahlte Erfahrung und Erkenntnis auf die heranwachsende Generation zu übertragen, vielleicht können dadurch die gleichen Erfahrungen erspart werden . . . vielleicht!

1. Der Ausgangspunkt.

Krieg führen kostet Geld, Geld und nochmals Geld. Das ist eine alte Weisheit. So begann auch der europäische Krieg in allen an ihm beteiligten Ländern mit Mobilisierung der finanziellen Ressourcen; in Deutschland zum Beispiel mit dem Verbrauch der Goldreserve aus dem Spandauer Juliaturm. Weiter

finanziert wurde der Krieg zuerst durch Kriegssteuern (im besonderen in England), durch Aufnahme von fundiertem Kredit im eigenen Lande (in allen Ländern, in Deutschland neun Kriegsanleihen im Betrage von 95 Milliarden Mark), daneben und später durch innere kurzfristige Kredite (in Deutschland bis Anfang November 1918 rund 35 Milliarden Schatzscheine) und damit verknüpft auch durch Notendruck und Kriessgeld. (In Deutschland Darlehensstaffelscheine und „Verdünnung“ der Goldbedeckung durch Gleichsetzung von Reichsschatzwechseln mit Gold als Notendekkung.)

2. Catöfand bei Kriegsende.

Alle am Krieg beteiligten Staaten waren gegenüber ihren eigenen Ländern und bei anderen Ländern ungeheuerlich verschuldet. Die Sieger glaubten, die Besiegten könnten nicht nur die inneren und äußeren Kriegsschulden der Sieger bezahlen, sondern auch deren Kriegsschulden ersetzen oder wie man sagte „wieder gut-machen“. Außerdem nahm man an, daß der Besiegte natürlich auch die eigenen Schulden verzinsen und zurückzahlen könne. Dabei handelte es sich um Summen, die allein für die großen Länder je 100 bis 200 Milliarden Goldmark Kriegsschulden und ähnliche Summen für die „kleineren“ umfaßte, also um einen Gesamtbetrag in der Größenordnung von Billionen Goldmark! Die Summe war so umfassend, daß sich die Sieger — trotz ihres Siegesraufsches — nicht einmal auf die Trennung einer Zahl einigen konnten.

3. Die unlösbare Aufgabe.

So ungeheuerlich auch die Finanzierungsstellen des Krieges von 1914 bis 1918 und damit die Kosten der Kriegsschulden gewesen sind, das falsche Beispiel lag nicht in ihrer Größe, sondern in dem Versuch, sie zu verzinsen und zurückzahlen. Der grundsätzliche Fehlschlag der Kriegsschuldentilgung unsprachlichen Gegenwerte, die mit jenem Gelde in den Jahren 1914 bis 1918 beschaffenen Kriegsmaterialien usw., nicht vorhanden geblieben sind — sie wurden vom Kriege verbraucht, aufgefressen —, sie können also weder Zinsen erzeugen noch das Kapital reproduzieren und zurückzahlen. Die ganze zivilisierte Welt bestand auf Schuldscheinen, deren Gegenwert nicht mehr existierte.

Zu allem Wahnsinn kam noch etwas Unvorhergesehenes.

4. Kriegskosten nach dem Kriege.

Ganz gleich, ob Besiegte oder Sieger, aus dem zu Ende gegangenen Krieg erwuchsen immer noch neue, nicht vorhergesehene Kosten. Eine ganze Reihe europäischer Staaten, und zwar nicht nur Deutschland und Österreich, sondern auch Siegesstaaten, mußte sich Lebensmittelschritte verschaffen. So wuchsen die Kriegskosten und damit die Kriegsschulden weiter. Dann begannen sofort in großem Ausmaße die Verpflichtungen der Kriegskrenten und Kriegspensionen. Der Kriegsfolgelanzenetat wuchs in allen großen Ländern in die Milliarden. Für Deutschland kamen noch die besonderen Kosten für Entwaffnungskommissionen, Sonderhilfe in den Grenzgebieten und Wiederaufbau im zerstörten Ostpreußen hinzu.

Man muß sich überlegen, daß allein die 130 Milliarden innerer Kriegsschulden bei einer fünfprozentigen Verzinsung und ohne jede Tilgungsrate jährlich den deutschen Reichshaushalt mit 6½ Milliarden Goldmark an Zinsen belasteten.

In den Siegerländern begann sofort nach Abschluß des Krieges die neue Aufzählung mit Milliarden an Ausgaben.

5. Die erste Verminderung der inneren und äußeren Kriegsschulden.

Die Verminderung nur in Deutschland vor

sich. Welt vorangetragen war Rußland, und vor Deutschland folgte noch die südeuropäischen Staaten in die Inflation. Dann folgte eine ganze Reihe der Siegerländer. Die Inflationswelle ergoß sich über den Balkan, über Italien, über Belgien und Frankreich. Sie hielt heute, dreizehn Jahre nach Kriegsende, noch nicht zur Ruhe gekommen. Im Vorjahre padte sie England und vor wenigen Wochen die Südafrikanische Union. Rund drei Viertel der Menschheit leben heute unter Inflationswährung! Jene Länder, die damals sich mehr oder weniger vor der Inflationswelle der Verliererländer des Weltkrieges zu schützen vermochten, konnten dies nur tun, weil sie an ihre äußeren Kriegsschuldengläubiger, im besonderen an die Vereinigten Staaten, woher Tilgungsraten noch auch die Zinsen zahlten. Die aufkassenden Zinsen wurden den äußeren Kriegsschuldenskapitalen zugeflossen und vergrößerten die Gesamtsumme der kleineren Kriegssieger bei Frankreich und England und dieser wieder bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Jetzt sind es elf Jahre her — es war 1922 —, daß zugleich von den gegenständlichen Seiten der der Vorschlag gemacht wurde, alle am Krieg beteiligten gewesen Länder sollten gegenseitig ihre äußeren Kriegsschulden freilehen. Nicht nur die damalige Regierung von England, sondern auch eine internationale sozialistische Konferenz in Frankfurt am Main machten gleicherweise den Vorschlag der Streidung der Kriegsschulden. Daraus wurde nichts. So begann die allgemeine und gegenseitige Abrechnung. Die Schulden der Alliierten untereinander wurden fundiert. Auf Deutschlands Rücken wurden alle Ansprüche gebüßt.

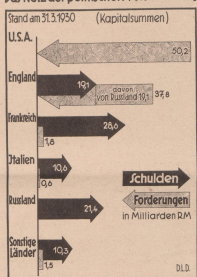
Nachdem vorangegangene Drohungen keine Lösung gebracht hatten (Kondone Ultimatum von 1921), kam es zur gewaltsamen Raubbeute.

Anwischen wurden im besonderen in denjenigen Ländern, deren Währung in Ordnung geblieben war, die inneren Kriegsschulden fortlaufend ordnungsgemäß verzinst. So konnten zum Beispiel die Vereinigten Staaten ihre rund zehn Milliarden Dollar Liberty-Bonds — freileihensanleihe — aus den ständig anwachsenden Überschüssen ihrer Haushaltsentnahmen ohne besondere Schwierigkeit verzinsen und tilgen. England war der erste Staat, der mit seinen amerikanischen Gläubigern ein Verzinsungs- und Tilgungsabkommen über die bei ihnen aufgenommenen äußeren Kriegsschulden abschloß. Belgien und Italien folgten 1925, Frankreich sogar erst 1926. Im Zusammenhang damit ging eine gewaltige Abwertung der äußeren Kriegsschulden durch Schuldentilgung vor sich. Der Nachlaß, den die Vereinigten Staaten ihren europäischen Schuldnern gewährten, schwante zwischen 30 v. H. (England) und 60 v. H. (Frankreich und Belgien), stieg aber bis zu 74 v. H. (Österreich) und 80 v. H. (Italien).

6. Das erste internationale Schuldentilgungssystem.

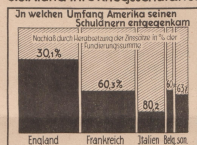
Ende 1923 begannen die wenigen Vermittlungen in der Welt einzufahren, daß wirtschaftliche Probleme politisch nicht gelöst werden können, und daß militärische Sieger nicht ohne weiteres für den Aufbau des Friedens brauchbar sind. So kam es zum Dawes-Plan der Deutschen durch eine internationale Anleihe festzulegen, um zahlungsfähig zu machen. Auf der Kondone Konferenz von 1924 wurde daraus ein internationaler Vertrag, der zu seinem

Das Netz der politischen Verschuldung

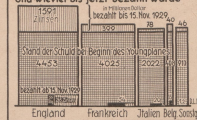


der gesamten äußeren Kriegsschulden. So begann die allgemeine und gegenseitige Abrechnung. Die Schulden der Alliierten untereinander wurden fundiert. Auf Deutschlands Rücken wurden alle Ansprüche gebüßt.

U.S.A. und ihre Kriegsschuldner



Und wieviel bis jetzt bezahlt wurde



daß wirtschaftliche Probleme politisch nicht gelöst werden können, und daß militärische Sieger nicht ohne weiteres für den Aufbau des Friedens brauchbar sind. So kam es zum Dawes-Plan der Deutschen durch eine internationale Anleihe festzulegen, um zahlungsfähig zu machen. Auf der Kondone Konferenz von 1924 wurde daraus ein internationaler Vertrag, der zu seinem

Telle wiederum nur ein Glied des großen internationalen Schuldentilgungsplanes aller Kriegsschuldner war. Hierbei ist zu beachten, daß es sich immer nur um die Lösung der Frage der Kriegs-schulden handelte. Jeden einzelnen Kande blieb es über-laffen, mit seinen eigenen inneren Kriegs-schulden und Kriegsfolgelasten fertig zu werden.

Das erste Schuldentilgungssystem funktionierte im Anlauf, getragen durch eine überraschende Investitionskonjunktur der ganzen Welt, die sich in gewaltigen fremdländischen wirtschaftlich von der zehn Jahre lang brodenden Erfindung schnell zu erheben schienen.

Die deutsche Kriegsschuld hatte sich gewandelt. Jetzt waren es nicht mehr zuerst innere Schulden, die vergütet und zurückgezahlt werden mußten — sie waren durch die Inflation im wesentlichen zerstört —, an ihre Stelle waren Schuldtilgung der Sieger, also äußere Kriegsschulden, getreten.

Nach wie vor hielt die Welt an dem Glauben fest, daß man zerstörtes Geld mit Zins und Zinseszins zurückverlangen könne.

7. Das zweite internationale Schuldentilgungssystem.

Alle Methoden und Techniken der finanziellen Auspressung Deutschlands führten nach dem Verzicht ihrer Anwendung immer wieder zu der gleichen Erkenntnis, daß es nicht geht, weder auf dem Umwege über Sachlieferungen noch auf dem der Pfänder und Kontrollen, weder mit Hilfe des Transferkomitees noch mit der Gold-klausel gab es eine Lösung. So kam es zu einem neuen Verzicht einer weiteren Fundierung der deutschen Kriegsschulden-Außen-zahlungen und eines neuen internationalen Systems des Kriegs-schuldenabbaus. Der Young-Plan vom Juni 1929 und die Haager Abmachungen vom Januar 1930 (der Neue Plan) kamen zustande. Ein Teil der deutschen Außenpolitik fand durch Ausgabe der Young-Anleihe ihre Mobilisierung.

Die Folgen der falschen Auffassung, daß vernichtete Kapitalien sich aus dem Nichts wieder zu erzeugen vermögen, zeigten sich immer deutlicher in allen Ländern. Ständig verhandelten einzelne Schuldner der Vereinigten Staaten über Verminderung ihrer Außenschuldverpflichtungen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Weltkrise förderte die Erkenntnis. Man muß sich harnachen, daß 1929 Deutschlands gesamte Schuldlast 34 Gold-milliarden betrug, davon waren 7 v. H. äußere Schulden. Italiens Schuldlast betrug 33 Goldmilliarden, davon 45 v. H. Außen-schulden. Frankreichs Goldmark-schuld betrug 76 Milliarden, davon aber nur 39 v. H. Außen-schulden, und Eng-lands Goldschuld betrug 133 Milliarden, davon, was sehr zu beachten ist, nur 14,5 v. H. an äußeren Schulden. Alle mit Kriegsschulden belasteten Länder gaben häufig größer werdende Teile ihrer zurückgehenden Staatseinnahmen für Verzinsung und Tilgung der inneren und äußeren Kriegsschulden aus, und diejenigen Länder, die wie Deutschland schon eine Inflation durchgemacht hatten und außerdem im wesentlichen ihre Schuld-leistungen an andere Länder abzutragen litten, litten doppelt und dreifach. Die Ausweglosigkeit aller Schuldentilgungs-systeme führte zu einer prozesshaften Lösung, zu einem Aufschub.

8. Das erste Jahr der Ver-nünftigung.

Mitte Juni 1931 schlug der Prä-sident der Vereinigten Staaten von Nord-amerika, Hoover, ein Geisetz für alle politischen Schulden aus dem Kriege vor, sowohl für die deutschen so- genannten Wiedergutmachungslasten wie für die interalliierten Kriegsausgleichsschulden, also für alle politischen Außen-schulden. Opti-

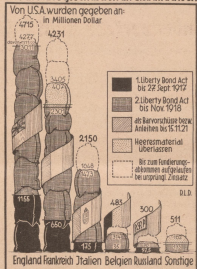
misten meinten damals, das sei die Lösung und endgültige Be-freiung von allen Kriegsschulden. Sie hatten übersehen, daß das Hoover-Jahr nur die Kriegs-außen-schulden umfaßte, aber nicht die Verpflichtungen der einzelnen Länder für die Kriegsschulden, die im eigenen Lande aufgenommen worden waren. So verdrängte das Hoover-Geisetz feinen vollen Erfolg. Es wurde dann von einzelnen Ländern, am groß-zügigsten von England, durch eine Herab-setzung der Zinsschüsse der inneren Kriegsschulden auszuweichen versucht; diese Erparnis hat bei England den Betrag von 800 Millionen Goldmark erreicht. Frankreichs Herabwertung seiner eigenen inneren Kriegsschuld von 85,5 Mil-liarden Papierfranks auf eine 4 1/2 Proz. Verzinsung wird ihm eine Erparnis von 1,5 Milliarden Papierfranks, also über 200 Goldmillionen Mark, jährlich brin-gen. Die amerikanischen Liberty-Bonds sind erst ab Herbst 1935 konvertiert. Man kann wohl annehmen, daß dann auch die Vereinigten Staaten den Zinssatz für ihre inneren Kriegsschulden herabsetzen werden.

Nach Ablauf des Hoover-Plans mußte Deutschland erklären, daß es nicht in der Lage sei, die Zahlung der politischen Kriegs-außen-schulden wieder aufzunehmen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Erklärung wurde von niemand mehr ernsthaft bestritten. Ob-wohl offiziell die interalliierten äußeren Kriegsschulden mit den deutschen so- genannten Wiedergutmachungsschulden nicht zusammenhängen, war die natu-rliche Folge der Konferenz von Kaufman, daß auch die sogenannten Forderungs-abkommen der interalliierten Gläubiger untereinander erneut der Revision unter-liegen.

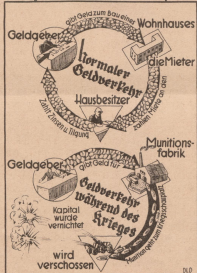
9. Das dritte internationale Schuldentilgungs-system und Kriegsausgleichsschuldner.

Durch die Konferenz von Kaufman Mitte 1932 kam es zu einer vorläufigen Abmüdung mit Deutschland über eine Schlüsselschuldung von 3 Milliarden und über das Weiterlaufen der fundierten deutschen Kriegs-außen-schulden.

Wie die Kriegsschulden an U.S.A. wuchsen



Kriegsschulden-zerstörtes Kapital



10. Kein Ende der inneren Kriegsschulden und der Kriegsfolgelasten.

Auch dann, wenn die Kriegsaus-gleichsschulden endgültig getilgt sein werden, wird die Belastung der am Kriege be-teiligt gewesen Staaten durch deren Kosten bei weitem nicht aufgehört haben! Die inneren Kriegsschulden und die Kriegs-folgelasten werden weiter auf Jahrzehnte hinaus die Staats-einnahmen wesentlich beanspruchen. Die Tilgung der amerikanischen inneren Kriegsschuld soll 1945 beendet sein (das wird die erste endgültige Abwid-lung aller Kriegsschulden in einem Lande sein). Die französischen und belgischen Wiederaufbau-Anleihen laufen bis zum Jahre 2000 und 2013. Hier-durch werden die inneren Kriegsschulden vorgenommen werden werden. Einmal hat die Inflation in jenen Ländern die Schulden abgewertet, und dann

ist die Zinsherabsetzung auch eine Abwertung des Schuldkapitals. Die sonstigen Kriegsschäden der am Kriege beteiligt gewesen Länder fallen in dem Ausmaße, wie die am Kriege beteiligt gewesene Generation verschwindet, denn damit sinken die Kriegspensionsläsen und die Verpflichtungen für Kriegshinterbliebene, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen.

Wenn die Welt die wirtschaftlichen Folgen des Krieges von 1914 bis 1918 überwunden haben wird, das vermag heute niemand zu sagen. Die Erfahrung und die Erkenntnis des Weltkrieges sind, daß es bei großen modernen Kriegen überhaupt keine Sieger mehr gibt, sie sind alle Verlierer, sie bezahlen ihren Wahn mit dem Schicksal der heranwachsenden Generation.

Fremdenverkehr nützt allen!

Von Reichsverkehrsminister Freiherr Eih von Rügenach

Die Reiselust steckt dem deutschen Menschen im Blut. Denn er ans Reisen und erzählt er davon, so liegt es ihm fern, über den wirtschaftlichen Nutzen des Reiseverkehrs Betrachtungen anzustellen. „Nun ja“ — wird man vielleicht antworten —, „mit dem Fremdenverkehr machen Eisenbahn und Hotels ihre Geschäfte.“ Der deutsche Bürger, der seine Geschäfts- und Sommer- oder Winterreise unternimmt, sieht sich wirtschaftlich nur als „Objekt“ des Fremdenverkehrs und selten auch als „Subjekt“, als Teilhaber dieses Wirtschaftsweiges.

In der Tat ist aber jeder einzelne deutsche Staatsbürger mit dem Gedeihen des Reiseverkehrs in Deutschland persönlich verflochten, nur daß es ihm oft nicht sichtbar wird. Wenn Deutschland viele Hunderttausende von Ausländern Jahr für Jahr als Touristen bei sich sieht, so strömen Millionen von Devisen, also von ausländischem Geld, in unser Land. Dieser „unsichtbare Export“ hat gegenüber dem sichtbaren den unschätzbaren Vorzug, daß wir teure Rohstoffe für den „Verzehr unserer Sehenswürdigkeiten“ und den Genuß unserer Heil- und Erholungsschätze nicht als Gegenwert einzuführen brauchen. Steigt der Ausländerbesuch in Deutschland an und wird er größer als der Reiseverkehr von Deutschen ins Ausland, so wird dadurch der Devisenfonds der Reichsbank gestärkt, unsere Zahlungsbilanz verbessert und unsere Kreditfähigkeit erhöht. Wir können, zumal eine umfassende und genaue Fremdenstatistik für das Deutsche Reich sich erst im Aufbau befindet, die Einnahmen Deutschlands aus dem Fremdenverkehr nur schätzen. Wenn die Zahlen auch mit Vorbehalt ausgemerzt werden müssen, so geben sie doch einen gewissen Anhalt.

Im Jahre 1929 wird Deutschland etwa 260 Mill. RM. von ausländischen Touristen in Deutschland eingenommen haben, während Deutsche im Ausland in dieser Zeit etwa 300 Mill. RM. verausgabten. Die erschreckende Verschlechterung der Wirtschaftslage im Jahre 1930 brachte es fast überall in der Welt mit sich, daß der Reiseverkehr stark gehemmt wurde; in Deutschland mußte man, um weiterem Devisenabfluß zu wehren, zu der bekannten Verordnung schreiten, nach der eine Auslandsreise nur bei Zahlung einer Gebühr von 100 RM. möglich war; eine Einschränkung der Auslandsreisen von Deutschen war die Folge. Andererseits gingen natürlich auch die Reisen von Ausländern nach Deutschland stark zurück. Man wird für das Jahr 1930 annehmen können, daß sich bei der Fremdenverkehrsbilanz Deutschlands die Aktiv- und Passivseite ungefähr das Gleichgewicht halten. Für 1931 liegen die abschließenden Ergebnisse noch nicht vor; es ist zu vermuten, daß die Auslandsreisen Deutscher in diesem Jahr noch stärker als vorher zurückgegangen sein werden, da nur noch wenige Deutsche dazu in der Lage waren. Jedoch wird sich wohl auch zeigen, daß der Ausländerbesuch Deutschlands sich weiter vermindert hat. Wenn es gelingt, den Ausländerverkehr nach Deutschland durch eine gut wirkende Propaganda

zu steigern, über die Ausgaben der Deutschen bei Auslandsbesuchen hinaus, so wird unsere Reiseverkehrsbilanz auf der Aktivseite ansteigen. Es liegt im Interesse jedes einzelnen Deutschen, daran mitzuwirken, das Ergebnis der deutschen Fremdenverkehrsbilanz aktiv zu gestalten.

Ob eine deutsche Familie ihre Sommerferien in Bayern oder an der Ost- oder Nordsee verbringt, ist auf die deutsche Zahlungsbilanz ohne Einfluß; denn das Geld bleibt ja im Lande. Aber für unsere Wirtschaft sind solche Ermächtigungen über das Reiseziel in der heutigen Zeit der Not keineswegs gleichgültig. Jeder sollte sich vor Antritt einer Reise überlegen, welchen Volksgenossen er sein Geld bringen will. In dieser Hinsicht verdienen aus nationalen Gründen die schwerbedrängten Grenzgebiete, in denen die Beherbergung und Bewirtung von Fremden nicht selten der letzte Rettungsanker vor dem Ruin ist, unser aller Förderung. Auch hierbei kann das wohlüberlegte praktische Interesse jedes einzelnen Staatsbürgers mitsprechen: Fließt genügend Geld durch Reisen z. B. nach Ostpreußen oder in den Bayerischen Wald, die bayerische Ostmark, so wird in diesen Gebieten die Wirtschaft angefeuert, und das Reich wird in seinen Subventionen entlastet, die der einzelne als Steuerzahler mit aufbringen muß.

Um welche Summen es dabei geht oder gehen kann, dafür mögen nur ein paar Zahlen sprechen: Das Land Mecklenburg z. B. schätzt seine Einnahmen aus dem Fremdenverkehr auf rund 15 bis 20 Millionen RM., das sind bei diesem fast rein agrarischen Lande nahezu 10 v. H. der Gesamteinnahmen. Und Deutschlands Umsätze im Reiseverkehr (In- und Ausländerverkehr) in normalen Jahren hat man auf nicht weniger als 1,75 Milliarden RM. im Jahre errechnet. Es gibt kaum einen Erwerbszweig, der durch diesen Verkehr nicht befruchtet würde. Das Hotel oder die Pension steht im Verteilungsprozeß der Wirtschaft mit an erster Stelle. Sie müssen von Lieferanten aller Arten einkaufen. Die Landwirtschaft, die ihre hochwertigen Produkte für den Hotelgast liefert, hat von einem blühenden Fremdenverkehr ebenso Nutzen wie die Industrie, die dem Hotel Maschinen für Heizung, Beleuchtung und Küche liefert. Vom Theater am Orte bis zum Einzelhändler aller WarenGattungen, vom Autobesitzer oder -fahrer bis zum Kofferträger, vom Kellner bis zur Wäschefrau des Hotels reicht die wirtschaftliche Wirkung des Fremden.

In Wladivostok kann man manchmal eine Zeichnung sehen, auf die der Anfang des ersten Fremden im Kurort lustig dargestellt ist. Alles macht da Wladivostok vor „Seiner Majestät“ dem Fremden. Was für den Kurort gilt, darf auch auf unser ganzes Land erweitert werden: Die Sonne des Fremdenverkehrs strahlt nicht nur über die reinen Bäder und Kurorte, die allein von ihm leben, sie wirft ihre fruchtbringenden Strahlen auch über die großen und kleinen Städte, und wenn sie kräftig und ausgiebig scheint, so gedeiht die ganze Wirtschaft.

Fremdenverkehr nützt allen.

Das Notwerk der deutschen Jugend hat begonnen

Das Notwerk ist an sich keine Einzelmaßnahme. Zur Be-
treuung der arbeitslosen Jugend sind in den Jahren der Wirtschaftskri-
se, besonders während der Wintermonate, von verschiedenen
öffentlichen und privaten Stellen mannigfaltige Hilfsmaßnahmen
durchgeführt worden. Die Arbeitsämter haben sich beispielsweise
der beruflichen Fortbildung arbeitsloser Jugendlichen in beachtens-
werten Umfang angenommen und dabei mit den öffentlichen
Berufs- und Fachschulen, mit der Arbeitgeberchaft, den Berufs-
verbänden usw. zusammen gearbeitet. Die Jugend- und Wohlfahrts-
ämter haben zahlreiche Veranstaltungen kulturreicher, unterhaltender
und sonstiger Art für arbeitslose Jugend durchgeführt. Die Turn-
und Sportvereine und die Jugendverbände haben ebenfalls je nach
ihrem Aufgabenkreis tatkräftige Hilfe geleistet. Seit 1931 ist da-
neben der freiwilligen Arbeitsdienst immer mehr in den Vordergrund
getreten. Er ist über die engere Bedeutung als Hilfsmaßnahme für
jugendliche Arbeitslose längst hinausgewachsen und eine Volks-
bewegung geworden. Allerdings ist es aus verschiedenen Gründen
— besonders in den Wintermonaten — nicht möglich, die gesamte
arbeitslose Jugend im freiwilligen Arbeitsdienst zu erfassen. Das
Notwerk der deutschen Jugend soll nun alle nicht am freiwilligen
Arbeitsdienst beteiligten Jugendlichen aufnehmen, die hierzu bereit
sind. Es soll die verschiedenartigen Hilfsmaßnahmen organisch mit-
einander verbinden, Schwierigkeiten der Zusammenarbeit ver-
schiedener Stellen zusehends ausmerzen und eine breite Möglichkeit
schaffen, die materielle Existenzbasis der arbeitslosen Jugend durch
gemeinschaftliche Verpflegung zu sichern.

Die Aufgaben des Notwerks werden in dem Aufsat-
z des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gemeinsam durch
die Stichworte: berufliche Bildungsarbeit, Lebensübungen, geistige
Befähigung, gemeinschaftliche Verpflegung. Der Hauptanteil der
Durchführungsarbeiten entfällt nicht auf die Zentralbehörden, sondern
auf die örtlichen Stellen (Behörden, Verbände, Vereine, Betriebe
und freiwillige Kameradschaften). Sie sollen sich in örtlichen Arbeits-
gemeinschaften zusammenfinden. Der Vorsteher des zuständigen
Arbeitsamts trägt für den erstmaligen Zusammentritt der Arbeits-
gemeinschaft Sorge; es ist aber nicht daran gedacht, daß er in allen

Fällen auch die Arbeitsgemeinschaft für die Dauer leitet, sondern
ihm wird in der Regel als Verwalter der Reichsmittel die geschäfts-
führende Arbeit obliegen. Zentralbehörden und sonstige Körper-
schaften werden die örtliche Durchführung des Notwerks nach Kräften
zu erleichtern haben: so hat die Vereinigung der deutschen Arbeits-
geberverbände ihre Mitglieder zu aktiver Mitarbeit aufgerufen;
einige Berliner Großbetriebe beispielsweise haben sich schon bereit
erklärt, ihre Einrichtungen, besonders die Speisekalteln, dem Not-
werk zur Verfügung zu stellen. Auch die Berufserwerbs- und der Arbeits-
nachweiser wirken auf die Unterbringung des Notwerks hin, mehrere
Kameraschaften haben schon in den ersten Tagen nach Weis-
nachrichten mit den Regierungsstellen ihrer Bezirke über die Unter-
bringung des Notwerks verhandelt. Das preussische Ministerium für
Wirtschaft und Arbeit dürfte die ihm unterstellten Berufs- und Fach-
schulen weitgehend nutzbar machen.

Was soll erreicht werden? Die arbeitslose Jugend,
die nicht am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligt ist, soll täglich
mindestens vier Stunden sinnvoll beschäftigt werden. Sie soll ihren
Tagesplan bekommen, in dem berufliche Erleichterungsarbeit, Sport
und geistige Anregung ihren Platz finden. Sie soll nicht nur von
den Behörden zu einem bestimmten Tag angehalten werden, sie
erhält auch selbst die Möglichkeit, innerhalb freiwilliger
Kameradschaften ihren Tagesplan zu gestalten und durchzuführen.

Das Reich hat für das Notwerk 9 Mill. RM. zur Verfügung
gestellt, die in erster Linie die gemeinschaftliche Verpflegung sichern
sollen; die berufliche Fortbildung wird weiterhin von der Reichs-
anstalt für Arbeitsermittlung und Arbeitslosenversicherung aus
eigenen Haushaltsmitteln finanziert werden. 9 Mill. RM. reichen
schon aus, um die Verpflegung von 500 000 arbeitslosen
Jugendlichen für drei Monate zu sichern. Der Gesamtplan des Not-
werks bedarf jedoch größerer Mittel; er ist nicht nur auf das
Interesse, sondern auch auf die materielle Unterstüßung weite-
ster Bevölkerungsschichten angewiesen. Das Reich kann nur die Rahmen-
organisation geben, die mit lebendigem Inhalt aus den eigenen
Kräften des Volkes ausgefüllt werden muß.

Das Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung

Die Richtlinien vom 6. Januar 1933

Die Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung sind
am 6. Januar von der Reichsregierung erlassen worden. Alle
jenseitigen Aufgaben, die wir unter der Bezeichnung „Sofort-
programm“ zusammenfassen, werden

unverzüglich in Angriff genommen. 500 Millionen Reichsmark stehen dafür
zur Verfügung. Sie sollen ohne Zeit-
verlust, jedoch unter Beobachtung äußerster
Vorsicht bei der Prüfung und Durch-
führung der Aufträge für die Zwecke der
Arbeitsbeschaffung Verwendung finden.
Dringlich notwendige und
volkswirtschaftlich wichtige
Arbeiten sind zu finanzieren — auf
diese knappe Summe kann man die hier
gestellten Aufgaben bringen. Die bisher
vorliegenden Darlehenswünsche der Ge-
meinden, Gemeindeverbände und sonstigen
öffentlich-rechtlichen Körperschaften er-
geben eine nicht unerhebliche Überbe-
anspruchung des gegenwärtig zur Verfügung
stehenden Betrages von 500 Millionen
Reichsmark. Eine Kontingentierung der
Mittel auf die Länder erfolgt nicht;
vielmehr werden die Darlehenswünsche nach
dem Gesichtspunkt des wirtschaftlich Wert-
vollen behandelt.

Zus den Durchführungsbestimmungen,
die sich in drei Teile gliedern (Allgemeine
Grundsätze, Bedingungen für die Ge-
währung von Darlehen und Verfahren
bei der Prüfung der Anträge) seien nach-
stehend die wichtigsten Einzelheiten wider-
gegeben.

Allgemeine Grundsätze.

Für Arbeiten im Rahmen des Arbeits-
beschaffungsprogramms kann Träger der
Arbeit auf ihren Antrag von den Deutschen

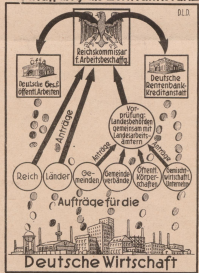
Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder der Deutschen Rentenbank-
Creditanstalt ein Darlehen gewährt werden. Träger der Arbeit
können nur Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstige
Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie
gemeinschaftlich-wirtschaftliche Unternehmungen sein.

Die Art der Arbeiten, die ausgeführt
werden dürfen, wird näher bestimmt.
Daneben müssen die Arbeiten für die
Volkswirtschaft wertvoll sein,
möglichst im Laufe des Jahres 1933 be-
endet werden, sich vorwiegend auf In-
standhaltung, Verbesserung
und Vervollständigung vorhandener
Anlagen oder auf die Förderung der
Bodenkultur erstrecken und die durch den
Kapitalaufwand entfallenden Zukunfts-
lasten rechtfertigen. Es muß sich ins-
besondere um Arbeiten handeln, die aus
Mangel an Geldmitteln bisher
nicht ausgeführt werden
können und auch in absehbarer Zeit aus
Haushaltsmitteln voraussichtlich nicht aus-
geführt werden könnten.

Die Darlehen werden unter folgenden
Voraussetzungen gewährt:

1. Der Träger muß nach der voraussetz-
lichen Entlohnung von Wirtschaft und
Finanzen in der Lage sein, die aus der
Darlehensaufnahme und der Ausführung
der Arbeit entstehende zukünftige Be-
lastung zu tragen.
2. Das Darlehen darf nur für die
Arbeiten verwendet
werden, für die es bewil-
ligt ist.
3. Die Darlehen müssen den technischen
Anforderungen genügen.

Der Reichskommissar für Arbeits- beschaffung als Zentralinstanz



4. Die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie grundsätzlich vorzuziehen. Bei der Vergebung der Aufträge hat der Träger die mittleren und kleineren Betriebe ausreichend zu berücksichtigen.
5. Der Gewinn des Unternehmers ist auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. So lange an Unternehmer Steuergutschriften für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern ausgestellt werden, ist diese Zuteilung bei der Preisgestaltung zu berücksichtigen.

Denn diesen Voraussetzungen ist besonders wichtig die zweite, die zusammen mit dem Paragraphen 15 der Verordnung verknüpft soll, daß unter Umständen Gemeinden die Mittel, die ihnen aus dem Sofortprogramm zufließen, nicht zur Arbeitsbeschaffung, sondern zur direkten Entlastung ihrer Haushalte verwenden. Bei Ausführung der Arbeiten müssen in weitestem Umfang Arbeitslose eingestellt werden, die durch die Arbeitsämter vermittelt sind. Vornehmlich sind langfristig Erwerbslose, vor allem Findelkinder und familienernährer, zu berücksichtigen. Die Arbeitnehmer sind unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages zu beschäftigen. Die Arbeitszeit soll 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Darlehensbedingungen.

Die Laufzeit eines Darlehens soll der voranschreitenden Lebensdauer der Arbeit angepaßt werden, jedoch 25 Jahre nicht überschreiten. Die Laufzeit beginnt für den Darlehensnehmer am 1. Juli 1935. Ausnahmsweise kann der Ausschuss der Reichsregierung den

Beginn der Laufzeit um ein weiteres Jahr hinauschieben. Die Zahlungen sind von dem Darlehensnehmer in gleichen Halbjahrsraten (Rente) nachträglich zu leisten. Bei einer Tilgungszeit von 20 Jahren sind 6 v. H. des ursprünglichen Darlehensbetrages für das Jahr als Rente zu zahlen. Die übrigen Käfen aus der Darlehensgewährung trägt das Reich.

Für Anlagen, die Zuhungen in wirtschaftlich angemessener Höhe ermöglichen, hat der Darlehensnehmer die vollen Zins- und Tilgungslasten zu tragen. Dies gilt insbesondere für die gemeinschaftswirtschaftlichen Unternehmungen. Weiß der Darlehensnehmer nach, daß der Ertrag der Anlage die normalen Zins- und Tilgungslasten nicht rechtfertigt, so kann eine andere Regelung des Zinsendienstes erfolgen. Die Darlehen sind, soweit erforderlich, in geeigneter Weise sicherzustellen.

Prüfung der Anträge.

Die Vorprüfung der Darlehensanträge wird vorgenommen von der obersten Landesbehörde oder von der ihr bestimmten Behörde. Gleichzeitig prüft der Präsident des Landesarbeitsamtes die Anträge und teilt seine Stellungnahme für die Vorprüfung zukünftigen Landesbehörde mit. Die näheren Anweisungen für die Prüfung der Anträge erläßt der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Mit der Durchführung dieser Verordnung ist der erste entscheidende Schritt zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung in großem Umfang getan. Nicht alle Wünsche sind erfüllt, weil bleibt auf diesem zentral wichtigen Gebiet zu tun übrig, aber jede Entspannung des Arbeitsmarktes ist ein Gewinn für den Arbeitslosen und für die Allgemeinheit.

Die wasserwirtschaftlichen Verbände des Ruhrgebietes

Von Dr. W. Coker, Leiter des Presseamtes der Stadt Essen.

Eine wirtschaftliche Untersuchung, die auf regionale Eigentümlichkeiten eingeht, wird regelmäßig den Begriff des Wirtschaftsgebietes übernehmen müssen. Bei gleichartigen wirtschaftlichen Bedingungen kann ein großes Gebiet ein einheitliches wirtschaftliches Gefüge bekommen. Ein Wirtschaftsgebiet, dem nach seinem Kraftvermögen der erste Platz zugeht, ist das Ruhrgebiet. Seine Wirtschaft gründet sich auf dem Steinkohlenvorkommen. Das Ruhrgebiet ist auch in siedlungsmäßiger und in gewisser Hinsicht auch in kultureller Beziehung eine Einheit. Sonst in der Welt sind gleich wichtige Industriegebiete nur noch der Bezirk um Liverpool-Manchester-Eds und in Amerika die Gegend um Pittsburg.

Das Ruhrgebiet hat seinen Namen von dem gleichnamigen Strom, der es in östlicher Richtung durchfließt. Sein Wasser ist viel begehrt. Eine Vorstellung von der Größe des Wasserverbrauchs bekommt man schon, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Ruhrgebiet allein 4½ Millionen Einwohner zählt. Im weitestlichen muß ihn die Ruhr befeuchten. Rhein und Elbe liefern zusammen nur etwa 100 Mill. cbm, die Ruhr dagegen 500 Mill. cbm. Wasser ist aber hier nicht nur Verbrauchsgegenstand. Die Wasserwerke des Ruhrgebietes zählen auch, wenn man so will, zum Produktionsgütergewerbe. Ein erheblicher Teil des Wassers wird nämlich auch für industrielle Zwecke (in der Eisenerzeugung usw.) gebraucht. Bei dem umfassen Wert des Wassers, das Goethe im „Faust“ mit den treffenden Worten besingt:

Alles ist aus dem Wasser entsprungen,
Alles wird durch das Wasser erhalten,
Oyan gönnt uns Dein ewiges Walten,

ist ohne weiteres klar, daß der Wasserwirtschaft besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden muß. Wasser muß nach Qualität und Quantität ausreichend zu erreichen, konnte naturgemäß nur Gemeinschaftsaufgabe sein. Sie ist auf gemeinschaftlicher Grundlage durch Zusammenfassung der Beteiligten verwirklicht worden. In der Wasserwirtschaft hat von jeher schon der alte verdensrechtliche Genossenschaftsgedanke eine Rolle gespielt. Die rechtliche Konstitution freilich, die im Ruhrgebiet angewendet worden ist, hat sich aber ganz besonders bewährt.

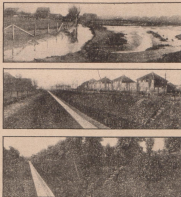
Für die Wasserversorgung der Ruhrtalesperenzverein. Er wurde 1866 gegründet. Eine öffentlich-rechtliche Zwangsgenossenschaft wurde er durch das Gesetz vom 5. Juni 1913. Er hat den Zweck, so sagt das Gesetz, „das der Ruhr schädlich entzogene Wasser

zu erheben und eine bessere Ausnutzung der Triebkraft der Ruhr und ihrer Nebenflüsse herbeizuführen“. Seiner Aufgabe wird er, wie schon sein Name sagt, durch den Bau und Betrieb von Talesperren gerecht. Bis zum Jahre 1913 war ein Talesperrenraum von zusammen 186 Mill. cbm erfüllt. Daron entfallen allein 134 Mill. cbm auf die bekannte Mödnaltalperre bei Soest, die 1913 eröffnet wurde. Die Erfahrungen während der Trockenjahre 1920/21 ergaben indes, daß die vorhandenen Sperren bei einer noch stärkeren Beanspruchung nicht ausreichen würden. Der Ruhrtalesperrenverein entschloß sich, im Tal der Sore, einem linken Nebenfluß der Ruhr in der Nähe der Stadt Reckem, eine weitere Talesperre zu errichten. Ihr Fassungsvermögen soll 81 Mill. cbm betragen.

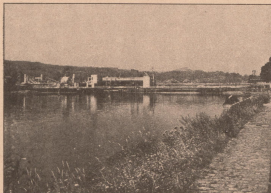
Sie ist als sogenanntes Vorratsbecken gedacht. Vorratsbecken werden nur in ausgedehnten Trockenjahren voll entleert. Eine weitere größere Talesperre soll demnächst im Vortal bei Kiblenheid gebaut werden. Der Ruhrtalesperrenverein betreibt auch — gemeinsam mit dem Ruhrverband — Wasserbeschaffung aus dem Rhein. Dafür wurde am Duisburger Hafen ein bleibendes Rückpumpwerk angelegt.

Es liegt nahe, die an den Talesperren anfallenden Wasserkraften zu nutzen. Der Ruhrtalesperrenverein hat denn auch mehrere Wasserkraftwerke errichtet. Die Einnahmen daraus bedeuten eine wesentliche Entlastung der Genossen von den Genossenschaftsbeiträgen.

Dem Ruhrverband, der seine gesetzliche Grundlage gleichfalls in einem Gesetz vom 5. Juni 1913 hat, obliegt die Reinhaltung des Ruhrwassers. Zwar ist die Entlastung der wichtigen Abwasserflüsse. Immerhin entlasten aber einzelne Teile des Gebietes auch die Ruhr. Der Ruhrverband hat zahlreiche Kläranlagen, Abwasserreinigung des verschmutzten Wassers wird durch Staufen erreicht, die bereits gebaut sind bzw. noch gebaut werden. Der Hengsteyr und der Hartforsee sind bereits in Betrieb. In weiteren Stufen sind geplant der Hohensteinsee, der Herbersee, der Kattlingersee, der Baldeneysee, der Kettwiger- und der Kahlenbergsee. Der größte von ihnen wird der Baldeneysee im Stadtgebiet Essen mit 9 Millionen cbm fassungsraum sein. Er ist im Bau begriffen und wird voraussichtlich März 1935 eröffnet. Die großen Seeflächen sollen gleichzeitig auch im Dienste der Volkserholung und werden besonders zu Sportzwecken benutzt. Auch der Ruhrverband hat an den Staufen Kraftwerke errichtet. Bekannt ist das Speicherkraftwerk am



Ruhrverbander Damm (Nebenfluß der Eschder) einst und jetzt



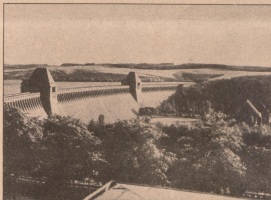
Mittelalterliche See bei Hengstey

Hengstey-See, wo Nachtstrom in wertvollen Tagesstrom verwandelt wird. Der Tagesstrom fällt durch Ablassen des in der Nacht durchgepumpten Wassers aus dem Speicherbecken und seine Ausnutzung in Turbinen an.

Zur Wasserwirtschaft rechnet auch die Abwasserbeseitigung und Vorflutregelung. Entsprechend der Oberflächeneigenschaften entläßt der größte Teil des Ruhrgebietes zur Emscher, einem Fluß, der im Norden des Ruhrgebietes etwa parallel zur Ruhr verläuft. Sein Gefälle ist ohnehin sehr gering. Schon zu einer Zeit, als noch kein Bergbau umging, waren Überschwemmungen bei jedem stärkeren Niederschlag an der Tagesordnung. Das wurde noch schlimmer, als der Bergbau bewirkte, daß der Boden bald hier bald da einfiel und sich Sümpfe bildeten, in denen sich der mit dem Abwasser mitgeführte Schlamm ablagerte und in Faulnis geriet. Epidemische Krankheiten (Typhus, Ruhr und Malaria) wurden so sehr häufig. Auch die zahlreichen Eisenbahndämme, die das Land durchschnitten, vergrößerten die Abflussschwierigkeiten. Abhilfe war bringen nötig. Es wurde die Emscher-Genossenschaft gebildet, die ihre rechtliche Grundlage in einem Gesetz vom 14. Juli 1904 hat. Sie ging als erstes daran, eine ausreichende Vorflut zu schaffen. Das erforderte eine Regulierung der Emscher und der Nebenbäche. Die Mühlenmaße mußten fallen. Der Emscherlauf wurde um etwa 4 m vertieft. Die neue Breite ist ausreichend,

um das härteste Hochwasser aufzunehmen. Da, wo sich keine natürliche Vorflut beschaffen ließ, sind Pumpwerke eingerichtet. Eine Verwendung des Emscherwassers für irgend welche wirtschaftlichen Zwecke kommt heute nicht mehr in Frage. Es ist daher genügend, wenn das Wasser mechanisch gereinigt wird. Es kam dann hygienisch einwandfrei abgeführt werden. Der Schlammzurückhaltung bei häuslichem und gewerblichem Abwasser dienen 26 Kläranlagen. 25 000 t Kohlen Schlamm, durchseigt mit Phenol, Teer und Öl werden jährlich getrocknet und zu Brennstaub aufbereitet, um dann in den Elektrizitätswerken verfeuert zu werden.

Aber den engeren Raum des Ruhrgebietes hinaus versehen dieselbe Aufgabe wie die Emscher-Genossenschaft noch der Kipperverband, der wie die anderen hier genannten wasserwirtschaftlichen Verbände seinen Sitz in Essen hat, ferner der Wupperverband, der Miersverband und die Einküschelnde Entwässerungs-Genossenschaft. Für die Finanzierung der Wasser-Genossenschaften ist eine Spitzengesellschaft gegründet worden, die „Wasserwirtschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (Ruhrkohlenbezirk) G. m. b. H.“. Wenn Bergbau und Eisenindustrie des Ruhrgebietes in hoffentlich bald andrehenden besseren Zeiten sich wieder in aufsteigender Richtung bewegen werden, werden sie in einer leistungsfähigen Wasserwirtschaft eine nachhaltige Stütze finden.



Blick vom Unterrufer auf die Hefebauhütte

Deutscher Eisenguß

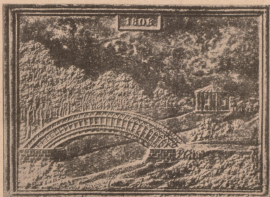
Von Hans Friedberger

Daß wir uns seit einiger Zeit so gern in den Jahren vom Beginn des 19. Jahrhunderts spiegeln, hat uns die Wiederbelebung einer alten und fast ein Jahrhundert verschollenen Kunstübung gebracht, des künstlerischen Eisengußes. Abgesehen bedeuteten auch diese älteren Arbeiten um 1800 schon ein Wiederaufleben, eine „Renaissance“; im 16. Jahrhundert hatte es eine erste, freilich kurze Blütezeit gegeben, schöne reliefierte Ofenplatten mittel- und westdeutscher Hütten; aber die war schnell vorübergegangen, und nur in den seltenen guten gußeisernen Kaminplatten der Barockzeit mit ihren Wappen und Devisen, ragt sich die alte Kraft noch hin und wieder. Woher kam nun plötzlich gegen Ende des 18. Jahrhunderts der neue Aufschwung? Zunächst natürlich vom Technischen her, von der Erweiterung der Eisengewinnung, die den Anlaß gab, nach neuen Verwendungsmöglichkeiten auszufragen und dazu auch die Verfahren der Eisenverarbeitung, den Schmelz- und Gußvorgang zu verfeinern und zu erleichtern. Damals entstanden, hauptsächlich in Schottland, die ersten großen gußeisernen Brücken, dann, kurz nach 1800, in England und Frankreich die ersten großen Kon-

struktionen aus Eisenguß, und von einer Studienreise durch diese Länder brach der Göttinger Oberbaurat Schinkel Einblicke und Anregungen heim, deren Wirkung zunächst das damals entstehende Museum zeigte, und deren schönster und eigenartiger Nachklang die Treppenhausekonstruktion im Palais des Princes Albrecht in Berlin ist. Aus der Baukunst verwandte freilich das Gußeisen bald wieder; da es größere Spannungen nur schlecht ertrag, erstrebte

man es durch Schmiedeeisen. Dafür baute aber die Gießkunst in Eisen gerade in Deutschland ihr ältestes Gebiet weiter aus, das sie sich schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zurückerobert hatte, den Bildguß.

Auch diese Entwicklung entsprang teilweise technischen Rücksichten: Bronze war selten und teuer, Kupfer und Zinn, aus denen sie besteht, werden im Lande nur in geringen Mengen gewonnen. Die Schwäche der damaligen Transportmittel machte die Einfuhr schwierig und kostspielig, und dazu liegt der Bedarf durch die ununterbrochenen Kriege gewaltig an. Aber das allein hätte wohl nicht genügt, dem Eisenguß zu diesem Aufschwung zu verhelfen. Es ist ja niemals in



Berliner Eisenguß, „Neujahrspalasttorte 1809“

der Kunst so gewesen, daß etwa ein neues technisches Mittel einen neuen Stil hervorgerufen hätte. Man hat nicht um 1850 plötzlich die heiligen Gesalten statt auf Goldgrund in Landschaften gestellt, weil irgend jemand um diese Zeit die Olmalerei „erfunden“ hätte. Sondern der neu erwachte Sinn für die Wirklichkeiten der umgebenden Welt, der sich ja auch überall außerhalb der bildenden Kunst bemerkbar macht, in dem plötzlich ausbrechenden Reizfieber, in dem Anstiegen von Entdeckungen und Erfindungen, und der Drang, das neu Gesehene auch nachzubilden, hat die Künstler dazu gebracht, die hergebrachten Kunstmittel so zu verfeinern und umzubilden, daß sie geschäft wurden, auch Duf und ferne der Natur glaubhaft wiederzugeben. Und auch beim Eisenbildnis lag es ähnlich: die Härte, Knappheit und Unschönheit des Stoffes, die Sprödigkeit der Oberfläche, die dadurch entsteht, daß das Eisen durch einen Kadüberzug gegen die Ziegung geschützt werden muß, zu rosten, kamen der allgemeinen Stilentwicklung dieser Zeit entgegen, die in jeder Kunstform und in jedem Material auf Ziellichkeit, Schärfe des Um-



Kauchhammer Bildguss, Weichstapleplatte 1921 von Daffo

rißes, Feinheit, Herdbelt, Sparbarkeit ging. Es liegt kein Zufall, daß der Empireril auch in den Ländern, die den Eisenguss nicht pflegen, an die Stelle der aus dem vollen Holz herausgearbeiteten Ornamente die silhouettenartig aus Metall geschnittenen, aufgelegt setzt.

In Deutschland waren es im wesentlichen zwei Hütten, die die Entwicklung trugen, die Königl. Eisengießerei in Berlin und das damals schärfste Werk Kauchhammer. Auch sie hatten mit Brüden begonnen und mit Gitterroten. Das meiste ist zugrunde gegangen, das Eisen war eben doch auf die Dauer den Wetterschlägen nicht gewachsen. Aber das wenig noch Dordandere, die beiden Brüden im Charlottenburger Park etwa oder das Porzellan Park, noch mehr alle die Entwürfe von David Gilly, beweisen, in welchem ganz seltenen Maße hier die Form gleichwie die Notwendigkeiten der Stahl wie den Ausdruckswillen des Stils deht.

Der eigentliche Bildguss in Eisen blieb im wesentlichen und mit seinem Zellen auf kleinere Stöße beschränkt, auf kleine Büsten, Statuetten, Medaillen, Kugelsgrüt und Schmal, und gerade hier wird deutlich, wie hart dieser Werkstoff dem formwollen der Zeit entgegenkam. Der klaren Bestimmung Kauchhammers, dem scharfen Schnitt Polischer Medaillen entspricht die Eigenart des Eisens besser als die der Bronze, deren weichere Kichter eine breitere Behandlung der Form brauchen, und deshalb ist es ein Fehler, wenn die neuesten Versuche, Bildwerke in Eisen zu gießen, dasselbe Modell für Güsse in Bronze wie in Eisen benutzen. Vollends beim Gerät und beim Schmal, wo die sorgfältige Durchbildung der neuen Gießtechnik die zierlichsten und ausgeprägtesten Formen erlaubt, scheint die neue Zeitung zur Glättbarkeit von Gefäßen, zum genauen und scharfen Schnitt des Herats geradezu nach den entsprechenden Eigenschaften des Eisens zu verlangen. Hier land die Berliner Eisengießerei an der Spitze, ihre Entwürfe kammten von Schinkel selbst oder doch aus seinem nächsten Umkreise, und sie verwendeten einen formschön, der sich kaum von dem der Götter entfernt. Aber



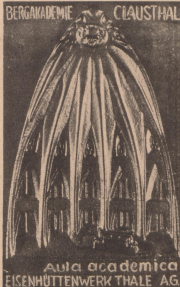
Kauchhammer Bildguss, Weichstapleplatte 1932

das Gefühl, das sich gerade diese Formen aus dem Schatz der Vergangenheit ausgeliehen hat, ist ein anderes als das der Götter, und es hat die Formen wesentlich verändert und sich gemäß gemacht: es ist eine Götter, die durch den Klassizismus gegangen ist, und wenn der alte lebendige Stil immer, und am meisten, wo er am stärksten deutlich ist, einen Zufuß von pflanzenhafter Unberechenbarkeit, von wuchernder Appigkeit und Ungebändigkeit hat, so ist die Neugotik Schindlers und seiner Zeit klar, kühl, verständig, schwach gespannt und bei aller Romantik spröde zurückhaltend, durchwegs Eigenschaften, die dem Stoffe des gegossenen Eisens verwandt sind als irgendeinem anderen.

Eine besondere Gruppe der Eisengüsse, und zwar diejenige, der die Liebe des Sammlers bis heute am freiesten geblieben ist, sind die Neujahresplatten, die die Berliner Eisengießerei von 1805 an 45 Jahre hindurch herausgegeben hat. Zunächst sind sie Gießschäufeln in künstlerischer Form, und man kann nur ihnen ableiten, auf welche Leistungen das Unternehmen besonders stolz war. 1805 sind es Gießschäufeln und andere Hilfswerkzeuge für die Industrie, 1809 die Innenanlage einer Bohrhütte, im Jahre vorher die neue gusseiserne Brücke in Charlottenburg; aber schon 1813 erscheint neben den Abbildungen von Ereignissen der Eisengießerei (z.B. des Ringes mit der Umföhrst: „Gold gab ich für Eisen“) das Brandenburger Tor mit dem eben zurückgekehrten Viergepann Schabows.

In den folgenden Jahren fallen dann Arbeitsberichte und Zeitgeschichten oft genug zusammen: das neue Denkmal auf dem Kreuzberg, das Gelände der neuen Schloßbrücke, die Gießelgruppen an Schinkel Museumsneben sind Ereignisse der Eisengießerei. Das letzte Jahrgang bringt dann freilich nur noch Baumerke, neuerrichtete und umgebaute, die letzte Plakette, die für 1848, zeigt den ein Jahr vorher fertig gewordenen Zehnboß der Berlin-Damharer Eisenbahn. Beim Märzaufruf gingen die Formen, Modelle und Musterbilder der Eisengießerei in einem Brande unter, und sie stellte notgedrungen die Arbeit ein. Kauchhammer hatte ein glückliches Geschick, der der Eisenbildnis wurde auch da allmählich zugunsten der Bronze ganz aufgegeben.

In jüngerer Zeit hat nun das Kauchhammerwerk versucht, den Eisengüssen die Tradition der Plaketten her neu zu beleben. Seit 1921 ist es alljährlich eine Weichstapleplatte in Eisenguss heraus, die erste, die wir hier abbilden, nach einem sehr schönen Entwurf des bewährten Medallieurs Daffo in München, alle, wie die ebenfalls wiedergegebene jüngste, mit symbolischen Darstellungen oder solchen, die sich auf das Weichstaplefest beziehen, geschmückt. Daneben gibt es Erinnerungsplaketten, zum Meißner tausendjährigen Stadtbild, zu den Feiern für Dürer und Delaloz, zur Errichtung neuer Brüden. Und gerade diese lassen den Wunsch la werden, man möchte doch wie bei der Wiederbelebung der Gussart auch im Inbalt gelegentlich auf das früher geübte Verfahren zurückgreifen und aus den Weichstapleplatten auch wieder Zeugnisse neuen künstlerischen Schaffens machen, indem man neue wichtige Bauten darauf festhält. Gerade die moderne Baukunst mit ihrer klaren, großen Formgebung, den ungebundenen Flächen und der klaren Raumplastik ihrer Massen wird dem Weisen des Eisengusses ebensosehr entgegenkommen, wie es die festgeschlossenen Raumbkörper der Schinkelschule taten. Die Plakette des Eisengießwerkes Thale mit der Aula der Clausthaler Bergakademie ist ein klägliches Beispiel. Und ich glaube, keine allegorische Darstellung kann besser und nachdrücklicher die Hoffnung und Zuversicht auf unsere Zukunft aussprechen als solche glücklichen Zeugnisse der unablässigen Bemühung, die harten, schlichten Notwendigkeiten des Tages mit der ewigen Götterlichkeit der Kunst ins gleiche zu bringen.



Kauchhammer Bildguss, Plakette Bergakademie Clausthal

Zur Zeitgeschichte

Reichskanzler a. D. Dr. Marx 70 Jahre

Am 15. Januar begeht Reichskanzler a. D. Dr. Wilhelm Marx seinen 70. Geburtstag. Aus der juristischen Kaufmanns-Herogegangen war er als Sohn des Rheinlandes längere Zeit in Köln und Düsseldorf in richterlicher Stellung tätig, zuletzt als Senatspräsident beim Kammergericht Berlin. Am 1. Dezember 1923 wurde er zum ersten Male in das Reichskanzleramt berufen. Eine



Reichskanzler a. D. Dr. Marx

schwierige Laufbahn war es, die das erste Kabinett Marx bis zum 1. Januar 1925 durchführte hatte. Nach dem Abbruch der Ruhrbesetzung, nach der Beendigung der Inflation galt es auf allen Gebieten langsam wieder normale Verhältnisse einzuleiten. Nicht zuletzt in der Außenpolitik. Die Verhandlungen in London im Jahre 1924 bilden einen bedeutenden Abschnitt, da hier zuerst die Eisrinde zu schmelzen begann, die seit dem Kriege um Deutschland gelegt war. Gerade die menschlich sympathische Art von Reichskanzler Marx war es, der wir den Anfang eines politischen Erfolges zu danken hatten. Die Engländer fahnen Vertrauen zu dem schlichten ehrenhaften Manne, der so gar nicht nach all den Eigenschaften auslief, die man dem deutschen Volke angedichtet hatte. Noch einmal führte der Reichskanzler ein Kabinett mit wechselnden parlamentarischen Mehrheiten. Mit dem Reichskanzleramt war wiederholt auch das Reichsministerium für die besetzten Gebiete verbunden. Das Rheinland hatte dieser Verbindung in schwerer Zeit sehr viel zu danken.

Das Haus in der Wilhelmstraße bildete, solange Reichskanzler Marx, unterfüttert von seiner Gattin, dort Hausherr war, den Mittelpunkt einer Geselligkeit, der sich wohl kein Kreis, mochte er auch politisch anderer Meinung sein, entzog. Die Verbindungslinie, die von den höchsten Beamten der Republik zu allen Ecken des Volkes führen soll, war damals in musterähnlicher Weise gezogen. Auch der Reichstag wurde durch seine Arbeit und ihren Mitarbeiter aus dem ganzen Reich geöffnet für ein anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens die Tore des goldenen Hauses. — Persönliche Feinde hatte Reichskanzler Marx wohl kaum. So werden sich an seinem 70. Geburtstag die Glückwünsche seiner engeren Bekanntenfreunde mit denen so mancher politischen Gegner vereinen, die die Lauterkeit seines Willens und Wesens stets anerkannt haben.

Arbeitsbeschaffung durch Verkürzung der Arbeitszeit

Am 10. Januar ist in Genf auf Einladung des Internationalen Arbeitsamtes eine internationale Konferenz zur Prüfung der Frage zusammengetreten, ob und unter welchen Voraussetzungen von einer internationalen Verkürzung der Arbeitszeit als eine Verminderung der Arbeitslosigkeit erwartet werden kann. Die Konferenz untersteht sich von den jährlichen Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation sowohl durch ihre Zusammensetzung wie durch ihren Charakter. Neben den Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation nehmen auch Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika an den Beratungen teil. Auch handelt es sich lediglich um eine technische Vorkonferenz, der die Vorbereitung der künftigen internationalen Vereinbarungen über die Verkürzung der Arbeitszeit obliegt. Sollten sich bei ihren Beratungen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten ergeben, so würde die Hauptkonferenz bereits im Sommer zusammengetreten können.

Das Ziel der Beratungen ist die internationale Einführung der Dierzigstundennorm. Die deutsche Regierung hat sich mit diesem Ziel im Grundgesetz einverstanden erklärt. Durch mehrfache Maßnahmen hat sie die Einführung der Dierzigstundennorm in der deutschen Wirtschaft bereits seit Jahren begünstigt und gefördert. So wurde durch Notverordnung vom 5. Juni 1921 die Arbeitsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates die Arbeitszeit bis zu vierzig Stunden wöchentlich herabzusetzen und die tarifvertragliche Mehrarbeit von der behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums mit einer Reihe von Industrien im Anschluß an die Notverordnung haben vielfach zu einer freiwilligen Verkürzung der Arbeitszeit geführt. In der Notverordnung vom 5. September 1932 „zur Vermehrung und Erhaltung der

Arbeitsgelegenheit“ war durch die Ermächtigung der Arbeitsgeber zu Schnahlag für die 31. bis an Wochenarbeitszeit im Falle von Notfällen gleichfalls ein Anreiz zur Einführung der Dierzigstundennorm enthalten. Neuerdings sehen auch die Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung vom 6. Januar 1933 („Sofortprogramm“) vor, daß die Arbeitszeit vierzig Stunden wöchentlich nicht übersteigen soll. Von einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit müßte Deutschland naturgemäß absehen, solange die Verkürzung nicht international geregelt und damit die Gefahr einer Benachteiligung der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt durch eine einseitige Herabsetzung der Arbeitszeit nicht beseitigt ist.

Von besonderer Bedeutung werden bei den Genfer Verhandlungen die Erörterungen über einen Lohnausgleich im Falle der Verkürzung der Arbeitszeit sein. Auch andere Fragen, wie die Erhöhung der Produktionskosten, die Verminderung oder verhältnismäßige Erhöhung der Arbeitsleistung, die Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte für bestimmte Arbeiten, die Flexibilität der Arbeitnehmer usw. werden in den Debatten eine Rolle spielen. Von französischer Seite wird bereits geltend gemacht, daß eine Arbeitszeitverkürzung Frankreich zwingen würde, weitere ausländische Arbeitskräfte einzustellen.

Dr. V. A.

Die österreichische Anleihe

Nachdem die österreichische Völkerverbündnisse in Österreich selbst unter heftigen innerpolitischen Auseinandersetzungen genehmigt worden war, hat ihre Ratifizierung in Frankreich noch in letzter Stunde auch einen parlamentarischen Kampf ausgelöst. Sein Ausgang war aber von vornherein nicht ungewiss, und die Anleihe ist schließlich auch mit großer Mehrheit ratifiziert worden.

Die sehr bewegte Debatte in Kammer und Senat gibt uns einen sehr lehrreichen Einblick in die französische Politik Österreich und den Südpazifik gegenüber. Mit einer überaus offenen Offenheit werden nicht nur die Methoden, sondern auch das Ziel dieser Politik bloßgelegt: die mögliche Annäherung Deutschlands an diesem Raum. Wir haben noch bei der Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Sanierung Mitteleuropas immer wieder hören können, daß Frankreich bei allen seinen Plänen nur wirtschaftliche Ziele verfolge. In Kammer und Senat konnte man nun von verschiedenen und ganz maßgeblichen Rednern vernehmen, daß die österreichische Anleihe eine politische Aktion sei, die, wie Herriot es formuliert, den Zweck habe, die politische, wirtschaftliche und moralische Unabhängigkeit Österreichs zu wahren. Nebenbei konnte man auch erfahren, daß Frankreich seit dem Kriege schon mehr als sechs Milliarden für die Unabhängigkeit der südosteuropäischen Staaten ausgegeben hat. Aus dieser Gegenüberstellung kann man sich auch einen Begriff machen, wie sich Frankreich die Unabhängigkeit Österreichs vorstellt. Es ist für uns Deutsche ein nicht unerfreuliches Befundnis der französischen Politiker, daß sie ihre Ziele nur noch mit Geld zu erreichen hoffen. Kann man nicht hoffen, daß den französischen Sparern einmal die Geduld ausgeht, ihr Geld immer wieder auf dem Rat der Politik zu opfern?

Mit der französischen Ratifizierung tritt das Protokoll von Lausanne in Kraft. Österreich kann nunmehr, gestützt auf die Bürgschaften der Signatarmächte, die Anleihe auslegen. Als die Ermächtigung, einen Betrag bis zu 300 Millionen Goldschilling aufzunehmen, ausgeschrieben werden kann, bleibt noch abzuwarten. Bisher haben nur England und Frankreich je 100 Millionen, Italien 50, Belgien 3 und Holland 6 Millionen zugesagt. Die Anleihe selbst soll zum großen Teil währungspolitischen Zwecken dienen; deshalb sollen zunächst gewisse kurzfristige Kredite aus ihr zurückgezahlt werden (Bank von England 100 Millionen Schilling und vielleicht 3, 3, 3, 90 Mill. Schilling). Der Rest ist für den Zinsendienst der internationalen Anleihen bestimmt. Jedemfalls wird die Anleihe nicht dazu ausreichen, die nötige Freiheit der Finanzpolitik wiederzugewinnen. Österreich hat aber in einer schweren Wirtschaftslage zu dem Hilfsmittel der Anleihe greifen müssen, um sich eine gewisse Erleichterung zu verschaffen. Darüber ist man sich jedoch in Österreich nicht im unklaren, daß keine Anleihe ohne gleichzeitige wirtschaftliche Besserung eine dauernde Hilfe sein kann, daß die Belebung der Wirtschaft aber nur in enger Zusammenarbeit mit Deutschland herbeigeführt werden kann.

Die kleine Entente

Sonderbarerweise begleiteten die Konferenzen der Kleinen Entente immer allerlei alarmierende Gerüchte und Kombinationen, trotzdem auf ihnen bisher noch nie etwas Sensationelles geschehen ist und bei der Lage der Gliedstaaten eigentlich auch nicht geschehen kann. Denn die vielfachen offenen und versteckten Gegensätze unter-

einander, aber auch mangelnde Rücksichten auf ihre Freunde und Feinde gebieten den Konferenzteilnehmern von vornherein viel Vorsicht und Zurückhaltung.

Auch die noch kurz vor Weihnachten überraschend zusammengetretene Konferenz hat Anlaß zu zahlreichen mehr oder weniger auffälligen Propehezeungen und Betrachtungen gegeben. Und zweifellos bietet so auch die allgemeine politische wie auch die besondere Lage der einzelnen Staaten überdeutlichen Stoff dazu: Abfrühung und das Genfer Abkommen, Ölkonferenzen, mitteleuropäische Wirtschaftslage und insbesondere die angebliche revisionistische Kampagne. Man kann ohne weiteres auch als sicher annehmen, daß die drei Außenminister alle diese Fragen beprochen haben, aber zu irgendwelchen schwerwiegenden Beschlüssen ist es nicht gekommen. So wird auch in dem amtlichen Kommuniqué in üblicher Weise nur die Einmütigkeit der Auffassungen der Teilnehmer über die behandelten Fragen festgelegt. Daneben wird als konkretes Ergebnis der Beschlüsse mitgeteilt, daß die drei Außenminister hierfür einen förmlichen Rat bilden werden, der alljährlich mindestens dreimal zusammenzutreten soll. Zu seiner Unterföhrung wird ein ständiges Sekretariat errichtet.

Aber wenn Kommuniqué und Ergebnis der Konferenz auch mager aussahen sind, so kommt der Konferenz der Kleinen Entente doch eine Bedeutung zu. Es ist nicht zu leugnen, daß in ihr in der letzten Zeit eine gewisse Unruhe herrscht, die wohl auf das wachsende Mißtrauen gegeneinander, vor allem aber gegen die Großmächte zurückzuführen ist. Wirtschaftliche und politische Gegensätzungen innerhalb der Bundes so hinsichtlich der Sanierung Mitteleuropas, der Politik zu Rußland, Belgien, zu Italien u. a. m., machen es notwendig, die Mitglieder wieder auf eine gemeinschaftliche Front zu einigen; und das ist der Kampf gegen die Revision.

Blick in die Bücher

Der Abfrühungsbetrug von Versailles. Von Wilhelm Ziegler. Historisch-Politische Verlag Rudolf Hoffetter, Leipzig C. 1. 32 Seiten. Preis 0,50 RM.

Diese Monographie gibt zum erstenmal eine zusammenhängende Darstellung des Zustandekommens der deutschen Entlohnungsbestimmungen auf der Pariser Friedenskonferenz. Sie ist entnommen aus den Unterföhrungen des Verfassers über die Entstehungsgeschichte des Versailler Mißhandelsdiktates, die unter dem Titel „Versailles, die Geschichte eines mißglückten Friedens“ (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg) schon erschienen sind. Die Schrift geht von dem vierten Wilson-Punkt aus, der eine Herabsetzung der nationalen Rüßungen auf das niedrige, mit der inneren Sicherheit vereinbarte Maß verlangte, und schildert das Schicksal dieser Forderung der allgemeinen Abfrühung auf der Friedenskonferenz. Das Hauptgewicht der Darstellung liegt auf dem zweiten Abschnitt, der die Entlohnung der speziellen deutschen Entlohnungsbestimmungen entwickelt. Hier wird gezeigt, wie die Verhandlungen mit dem Kouchet-Bericht vom 7. Februar 1919 begannen, der eine 500.000-Mann-Armee auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht für Deutschland vorsah, wie dann diese Föhrer sowohl für die Kopfföhrer wie für das Kriegsmaterial immer weiter herabgesetzt behandelt wurden, von dem 500-Bericht zum 3. März und dem neuen 500-Bericht vom 10. März und dem Beschluß des Rates vom 10. März zum schließlichen Friedensvertrag, der ganze 100.000 Mann auf Grund des Freiwilligkeitsprinzips vorschrieb, und wie auf Drängen Lloyd Georges zum Schluß die allgemeine Wehrpflicht gestrichen wurde. Die Sprache dieser historischen Tatsachen ist von zwingender Überzeugungsraft. Es gibt keine schämlere Diskreditierung der Arbeitsweise der Friedenskonferenz als die Art, wie Deutschland die einseitige Abfrühung aufgezogen, die Sache der allgemeinen Abfrühung aber bewußt von den Siegermächten sabotiert wurde. Hinter allen Handlungen und Beschlüssen stand nur das einzige „sachliche“ Bestreben und der einzige „Plan“, dem Gegner bis zu Wehrlosigkeit zu schwächen. So kam es zu dem „Abfrühungsbetrug“ in Versailles. Der Verpflichtung zur Abfrühung haben sich die Siegermächte trotzdem nicht entziehen können. Das arbeitet Ziegler an Hand des Artikels 6 der Völkerverbundföhrung, der Präambel zum Teil V des Versailler Vertrages und der Denkschrift der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 scharf und überzeugend heraus.

Die Schrift, die klar und flüssig geschrieben ist, ist ein eindrucksvolles Dokument für den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung in der Abfrühungsfrage und verdient weitestföhrige Verbreitung im Inland und noch mehr im Ausland.

In der Behandlung dieser Frage ist man nach außen hin zwar sehr behutsam gewesen, vielleicht auf Wunsch Frankreichs, um dessen Beziehungen zu Italien nicht zu föhren. Aber zweifellos stand dieses Problem im Vordergrund der Unterhandlungen. Und hier sind sie sich einig, einzig auch im Mißtrauen gegen die Großmächte. Die Kleinen Entente hat in den letzten Jahren sehr viel von ihrem einseitigen Einfluß in der großen Politik eingebüßt. Viele große Entscheidungen, so über Reparationen und die Gleichberechtigung, sind ohne sie getroffen worden. Es liegt daher auf der Hand, daß sie fürchten muß, über kurz oder lang auch in der Revision von den Großmächten vor vollzogene Tatsachen gestellt zu werden. Aus dieser Befürchtung erklärt sich das Bestreben, ihre Wichtigkeit und Größe hervorzuheben, die keineswegs der Bedeutung einer Großmacht nachstehe — ein Thema, das insbesondere die jugoslawische und tschechische Presse ausgiebig ausgeföhrst hat. Und wenn die „Prager Presse“ schreibt, daß die Kleinen Entente nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der internationalen Politik sein wolle, so klingt daraus die gleiche Befürchtung heraus. Die letzte Konferenz der Kleinen Entente war vielleicht als Demonstration gegen die revisionistischen Anstrichen gedacht, sie ist aber mehr noch eine Demonstration gegen die Großmächte, insbesondere auch Frankreich, geworden.

In Deutschland kann man den politischen Willensäußerungen der Kleinen Entente mit einer gewissen Ruhe begegnen. Bei aller grundsätzlichen Einstellung gegen jede Änderung der Friedensverträge, auf denen ja die territoriale Status beruht, wächst in Jugoslawien und noch mehr in Rumänien das Verlangen für die berechtigten Forderungen Deutschlands. Dagegen sind in der tschechischen Partei leider nicht einmal Anzeichen der Erkenntnis bemerkbar, daß die offene Kampfstellung gegen alles Deutsche auf die Dauer mit den eigenen Interessen unvereinbar ist.

Wer kann siedeln? (Berufsstelle und Bauernsiedlung.) Mit einer Einführung von Geheimrat Prof. Dr. Sering. Herausgegeben von Dr. Johannes Schaff. Deutscher Siedlungsverlag, Berlin W. 9, Leipziger Platz 17. 88 S. Preis: 0,90 RM.

Die Siedlung ist Hoffnung und Schmachthunderttausender. Wer aber kann siedeln? Diese Frage beantwortet die vorliegende Schrift. Sie bietet eine knappe Beantwortung in die Grundlagen des Siedlungswesens, ferner einen Abschnitt, der sich allgemein mit den Anforderungen beschäftigt, die die Praxis an die Fähigkeiten und Eigenschaften des Siedlers stellt. Anschließend wird dann in einer Reihe von Kapiteln von sachleuten dargestellt, inwieweit Angehörige der verschiedenen Berufsstellen und Bevölkerungsschichten in der landwirtschaftlichen Siedlung Unterföhrungen finden können: Bauern, Landarbeiter, Industriearbeiter, Akademiker. Ein besonderer Abschnitt ist der jungen Generation und ihren Siedlungsaussichten gewidmet. Zwei Absätze über neue Aufgaben und Wege der Siedlung runden den Inhalt der Schrift ab.

Kehrbogen des Verlages „Deutsche Arbeit“, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserföhrer 25. Bisher 20 Hefte. Preis des Hefes je nach Umfang 0,10 bis 0,50 RM.

Diese „Kehrbogen“ bieten geistiges Nahrung zur Überwindung von Schlagwort und Phrase, zum Kampf gegen Utopie und Wunderglaube in Politik und Wirtschaft. Klar und allgemeinverständlich, in knapper, eindringlicher Form werden die wichtigsten Gebiete des gesellschaftlichen Lebens in Einzelheiten von je 10 bis 50 Seiten dargestellt: Grundlagen der Politik, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, Kapital und Kapitalbildung, der internationale Waren- und Zahlungsausgleich, Renten und Börsen, der Reallohn, der Weltmarkt, Gewerkschaft und Wirtschaft, das Volkseinkommen, Nutartik und Weltwirtschaft, der Rechtsstaat und seine Föhrung, die Konjunktur u. a. m. Im ganzen gesehen eine reiche Fülle guten Materials, das nicht lediglich zur Föhrer, sondern vor allem als Lehrstoff für Schulungszwecke aller Art auf wärmste empfohlen werden kann.

So verschiedenartig die Stoffgebiete, die in den einzelnen „Kehrbogen“ mit großer Sachkunde und ernster Gewissenhaftigkeit dargestellt werden — so einheitlich und geschlossen ist die pädagogische Grundeinstellung des Gesamtwerkes. Der Schriftleiter der „Deutschen Arbeit“, der wissenschaftlichen Monatschrift der christlichen Arbeiterbewegung, Dr. Röhr, hat diese Kehrbogen gestaltet und mit ihnen Keitsäden von hohem Wert geschaffen.

Wilhelm Schäfer / Zu seinem 65. Geburtstag am 20. Januar 1933

Es gibt kaum einen helleren Gradmesser, wie weit die Deutschen von der Erkenntnis ihrer selbst, ja, von dem ethischen Willen dieser Selbsterkenntnis entfernt sind, als die verhältnismäßig niedrige Aufslageziffer des Werkes jener Dichter, deren fängende Seele dem reinen Ursprung deutschen Weizens entspringt. Zu ihnen gehört Wilhelm Schäfer. Die einen leben nur in ihm den Anekdoten- und Historienrührer, und sie brauchen „Schmiffjes“, „Bretzjes“ auch in ihrer Keltüre, die anderen wieder schreien vor seinem ur-einfamen Wahrheitsdrang zurück, der nicht die Dinge um irgend-einer Parteiliebe willen etwa beschönigt.

So wartet das gewaltig angedachte Lebenswerk des Mannes, schlichte und deshalb wahrheitslieblich geübte Volkserzähler, den wie seit Gottfried Keller bezeugt, auf das Hintertreiben des Volkes nicht in seinen vereinzelt einfamen Träumen, sondern in seinen Massen. Denn das ist ja gerade, was so verwundert: Wilhelm Schäfer gelang es, alles einfach und trotzdem tief darzustellen. Von den schlichten, humorigen rheinischen Erzählungen, wie er uns erst jüngst zwei neue sauber und fein gearbeitete geschenkt hat („Das Haus mit den drei Toren“ und „Der Fabrikant Anton Belkarg und das Theresle“), bis zu der mächtigen Gedankenkathedrale seiner „Dreizehn Bücher der deutschen Seele“ ist das Wort zugleich dichterische Tat geworden; es wird sofort Kern und Frucht im Herzen, Hart, edel und wahr gefügt.

Wilhelm Schäfer ist kein Wortspieler. Er erzählt alles, was er erzählt werden muß, ohne falsche Betonung einer etwa gar jüdischen Ausdrucksweise — nein, man sieht den erdhaften Bauern vor sich, der da spricht; manche wollen herausfinden, daß er einmal Sekrer gewesen ist — nun, wenn man es hört, so ist er uns um ihn wirkliche Wissenland geworden zum praecceptor germaniae geworden.

„Das Land der Mitte zu heißen, ist Deutschlands Schicksal: zwischen Desfalls und Mostau liegt die Grenze seiner gefallenen Söhne, zwischen Desfalls und Mostau liegt seine kommende Not. Die rote Zwieltacht reißt seine Hoffnung nach Osten, die goldene Spinne im Westen faßt ihm sein Blut; was es der einen läßt, muß es der anderen nehmen: so ist es noch einmal Schlachtfeld der Welt. Denn nun kann nicht Frieden an Eden gesungen sein, als bis das dritte Reich kam; aber das dritte Reich wird seinem der Däcker gehören, die Menschheit wird sein Herrscher und Untertan sein.“



So klingen die Dreizehn Bücher der deutschen Seele* aus, in denen Götter und Helden, Heilige und Heiligen, Dichter und Reformatoren, Könige und Bürger, Politiker und Kaufleute, Massen und Einsame verarmelt sind, aus knappen, kristallen gefallenen Wortblöcken unerschöpflich klar gefügt — in mehr als einhunderttausend Seiten bezeugt das deutsche Volk das Buch seines inneren, wahren Lebens.

Es liegt in Schäfers Werk alles faatbereit, um die Deutschen „in einem natürlichen Sinne Menschen werden zu lassen, auf daß die psychologisch verfaßten Seelen wieder zusammenwachsen“. Wenn das deutsche Volk in Massen Wilhelm Schäfer zu lesen beahnte, es hätte in ihm einen geistigen Führer, der mit der Kraft seines ganzen Herzens der verfallenen inneren Stimmen in uns vom Duft des Phrasenlärms unserer Tage befreite.

Hölderlin, Gwinoli, Pestalozzi, Winckelmann, Stauffer-Bern hat er in großen, romanhaften Lebensumfängen gefallt; einfache Geistesrebellien wie er, Kämpfer und Sänger, die lieber an der Wahrheit starben als von der Kluge lebten.

Seine Anekdoten, in denen er den anerkannt klaffende Meißer unserer Zeit ist (Kleht war vor ihm der letzte, der so bildhaft zu erzählen verstand), liegen nun in einem Band (wie alles von ihm der Georg Müller — Albert Kargan, München) gesammelt vor — auch von der Anecdote gelangt er wieder zur breiteren Erzählung, wenn er uns die fiktive Historie vom „Hauptmann von Köpenick“ oder die „Kalsandriageschichte“ der Marie Antoinette menschenkundig und zeitbedeutend gestaltet.

Dies alles aber ist von diesem Dichter offensichtlich nicht zum eigenen Ruhme gesagt, sondern als sehnüchliche Wort-masse einer Seele, die darauf gläubig wartet, „daß endlich den Kindern Gottes auf Erden die grüne Wiefe, das blaue Meer und der blaue Himmel gehören“.

Spät kam Wilhelm Schäfer mit seinem Werk zur Geltung. Doch schon geht die Saat verstreut auf. Seine „Dreizehn Bücher der deutschen Seele“ durchdringen immerhin schon zu zehntausenden besonders der kommenden Jugend wahrheitsfindendes Herz, und das ist gut für Deutschlands Zukunft. Denn wir brauchen neben dem Drot für alle: unerbittliche Wahrheit und den demütigsten Stolz, sich still, aber stark zu ihr zu bekennen. Alfred Hehn.

Büchereingang

Die politischen und rechtlichen Voraussetzungen eines Wahlkreises in Deutschland. Von Dr. Hans O. Pöhl. 60 S. Preis: 0,80. Verlag: G. G. Hermanns Verlag, Berlin. 1933.

Deutschlands Selbstverleugung. Herausgegeben von Dr. Hans Pöhl. 100 S. Preis: 0,80. Verlag: G. G. Hermanns Verlag, Berlin. 1933.

Die Weltanschauung der Gegenwart und ihre Überwindung. Von Dr. Konrad Hagemann. 100 S. Preis: 0,80. Verlag: G. G. Hermanns Verlag, Berlin. 1933.

Der Bauer und sein Recht. 48 S. Preis: 0,80. Verlag: G. G. Hermanns Verlag, Berlin. 1933.

Die Weltanschauung der Gegenwart und ihre Überwindung. Von Dr. Konrad Hagemann. 100 S. Preis: 0,80. Verlag: G. G. Hermanns Verlag, Berlin. 1933.

Der Kasten des neuen Gesetzes. 48 S. Preis: 0,80. Verlag: G. G. Hermanns Verlag, Berlin. 1933.

Die Weltanschauung der Gegenwart und ihre Überwindung. Von Dr. Konrad Hagemann. 100 S. Preis: 0,80. Verlag: G. G. Hermanns Verlag, Berlin. 1933.

Der neueste Band der Weltpolitischen Bücherei

Band 29
MAXIMILIAN CLAAR

ITALIEN

104 Seiten mit 13 Zeichnungen
Preis geb. 3.— RM

Ein Italienbuch, in dem man wirklich alles findet, was heute über Italien zu sagen ist

Verlangen Sie Sonderprospekte der Weltpolitischen Bücherei

ZENTRALVERLAG G. m. b. H.
BERLIN W 35, Potsdamer Straße 41

Harmoniums

neu, 4 Okt. n. RM. 60,—, neu, 5 Oktaven 9 RM., nur RM. 180,—, mit 22 Reg. Mit Apparat RM. 10,— mehr. Gezeichnete Harmoniume billig. Katalog direkt vers.

Max Horn, Wundauer-Orgharmonium-Fabrik, Elmsberg i. Thüringen.

Radio Thüringereritter Pilsenerbier

zurückgeben, 10 Pf. Elmer M. 3.— ab hier, Nachnahme. Viele tausende Nachbestell. Otto Ritter, Pilsenerbier-Fabrik, Schöppen, Thür. 134.

Das Inhaltsverzeichnis „Heimatsdienst“, Jahrgang XII

15 Pf. (gegen Voreinsendung von Briefmarken) vom Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Oberreg.-Rat W. Ziegler

VERSALLES

Die Geschichte eines mißglückten Friedens
Die ersten Presseurteile:

„Diese Geschichte des Versailler Vertrages liest sich wie ein Roman, dessen Spannungszug in seinen ungeheuerlichen tragischen Verwickelungen liegt. Und es ist keine Phrase, wenn wir sagen, daß sie jeder Deutsche lesen sollte. Man müßte Auszüge aus dem Werk als Lese- und Besprechungstoff für die Schulen einführen!“

Der Angriff, Berlin

„Alle bisherigen Darstellungen des Versailler Gewaltaktes und seiner Vorbereitungen werden ergänzt und überhöht durch Wilhelm Zieglers ausgezeichnetes Buch Versailles.“

Der Tag, Berlin

„In der außenpolitischen Diskussion der Gegenwart, die immer wieder auf Versailles zurückführt, wird Zieglers Buch als ein wichtiges Hilfsmittel seinen Platz finden.“

Vossische Zeitung, Berlin

„Endlich ist dieses Buch geschrieben worden, dessen Inhalt für unser Volk von ungeheurer Bedeutung ist. . . . Lebendig, von Seite zu Seite mehr spannend, erstarkt vor uns das Bild der Konferenz, die schließlich zur Vernichtung Deutschlands führte.“

Deutsche Akademiker-Zeitung

„Dies Buch gehört zu den wenigen Büchern, die geschrieben werden mußten. . . . Auf innerer Erschütterung, sehen wir in diesem Buch des rühmlichst bekannten Verfassers die Vorgänge der Konferenz sich abspielen. Künstlerisch, mitunter dramatisch, entwickelt der Verfasser die einzelnen Stadien dieses Kampfes. . . . Das Buch Zieglers, bis heute wohl die beste Waffe für den allgemeinen Kampf gegen das Versailler Diktat, muß überall gelesen werden. Es gehört in alle Schulklassen und Volksbibliotheken, ja in die Hand jedes gebildeten Deutschen.“

Ministerial-Blatt für die Preussische Verwaltung

Preis: Leinen 5,50 RM., kart. 4,30 RM.

1. Auflage fast vergriffen

Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg

Der deutsche Volkswirt

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK
UND WIRTSCHAFT

Herausgeber Gustav Stolper

VERLAG UND REDAKTION:

BERLIN W 35, SCHÖNEBERGER UFER 33

Erscheint jeden Freitag. Einzelnummer RM 1.50

Inland-Abonnement vierteljährlich RM 15.—

Unterrichtend · Unabhängig · Unparteilich

Die einzige große politisch-
wirtschaftliche Wochenschrift Deutschlands

Nie war wirtschaftliche Unterrichtung
so notwendig wie heute

Verlangen Sie Probeexemplare kostenlos vom Verlag

PROJEKTIONS-GERÄT

Im Preis herabgesetzt, sehr günstige Gelegenheit für Schulverwaltungen, Vereine und Bildungs-Organisationen

Um unser Lager zu räumen, bieten wir an:

Lichtbild-Apparate:

	statt	nur
Böcklin Modell A für Dias $8\frac{1}{2} \times 8\frac{1}{2}$ u. $8\frac{1}{2} \times 10$ cm, mit Lampenfuß und Hohlspiegel, Lampe 500 Watt, 110 oder 220 Volt, mit Blechtransportkoffer	M. 182.—	100.—
Edison für Dias $8\frac{1}{2} \times 8\frac{1}{2}$ und $8\frac{1}{2} \times 10$ cm, mit Lampe 500 Watt, 110 Volt, Widerstand zum Anschluß an 220 Volt, 3 m Zuleitung, Holztransportkoffer	M. 220.—	120.— 100.—
Avanti Modell IIa Neues Modell, Apparat wie neu, Dia-Proj. mit Leuko-Anastigmat, 60, 2, 45 cm Brennweite, f. Glasb. bis 9×12 , 3 m Zuleitung, Lampe 500 Watt, 110 oder 220 Volt und Vulkanfibrekerz	M. 275.70	200.—

Bildband-Apparate:

Puck 100 Watt, 110 oder 220 Volt, 3 m Zuleitung	M. 150.—	75.—
Uleja Leitz, für Normal- und Leicafilm, mit Lampe 100 Watt, 110 oder 220 Volt, 3 m Zuleitung	M. 100.—	60.— 75.—
evtl. mit Niedervoltlampe 30 Volt, 100 Watt und Widerstand		

Kino- und Schmalfilm:

Magister II Schul- u. Heimkino für 500 Watt, 110 Volt-Lampe, mit Widerstand zum Anschluß an 220 Volt, Universalmotor m. Anlasser, m. Einrichtung f. Stillstand u. Rücklauf, einer zerlegbaren u. zwei festen Filmspulen für 400 m Film, Projektionsentfernung bis etwa 10 m, Bildbreite etwa $2\frac{1}{2}$ m, mit Dia-Einrichtung (ohne Lampe) M. 1565.— 580.—		
Kofferkinos Kinobox B für 400 m Film, Schirmbild bis 3,5 m Breite, Projektionsentfernung bis 22 m, Projektion des Films im Stillstand möglich, Objektiv 52,5 ϕ , Lampenfassung einschl. Hohlspiegel, Glühlampe 500 Watt, 110 Volt, 3 m Zuleitung, Widerstand und Segeltuch-Schutzüberzug	M. 1135.—	675.—
Monopol C auf Säulenstativ aus Holz für 400 m Film, Glühlampe 250 Watt, 110 oder 220 Volt, Stillstand- und Rücklaufeinrichtung, Fernschalter und 10 m Kabel	M. 960.—	575.—
Agfa-Movector (erstes Modell) 16 mm mit 2 Objektiven in Holzkoffer, 110—220 V., Proj.-Bild $2,50 \times 2,50$ m 400.—		
Zeiss-Ikon-Proj. (erstes Modell) mit Universal-Widerstand, lichtstarke Ausführung, Proj.-Bild 2×2 m, in Koffer 170.—		
Kodak-Kodascop „C“ , in Metalkoffer, sehr prakt. Reiseapparat von gering. Ausmaßen, Proj.-Bild $1,50 \times 1,50$ m 200.—		

Verschiedene gebrauchte Widerstände zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Die Apparate sind vorführungsfähig, in gutem Zustande, zumeist Vorführungsapparate aus unserem Projektionsraum, neuwertig:

DEUTSCHER LICHTBILDDIENST G.m.b.H., BERLIN W 35, POTSDAMER STR. 41

Ein Führer zu vertieftem deutschen Familienleben!



MUTTER UND KIND

Ein Jahreskalender für Mütter und Kinderfreunde
Herausgegeben im 6. Jahrgange von **Adele Schreiber**
Prächtige Aufnahmen aus dem Kinder- und Familienleben

Preis trotz besserer Ausstattung herabgesetzt nur 2.85 M.

Zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Anfang Januar erscheint:

Handbuch für den

Freiwilligen Arbeitsdienst

mit Erläuterungen

3., vollständig umgearbeitete und erweiterte Auflage

Von **Dr. L. von Funcke**

Oberregierungsrat beim Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst

Preis etwa 4.— RM.

Der Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Juli 1932 hat eine **Änderung der gesetzlichen Bestimmungen** in **wesentlichen Punkten** gebracht. Dem dringenden Bedürfnis, die neuen Bestimmungen für den **praktischen Gebrauch** zusammenzustellen und zu **erläutern**, kommt die neue Auflage des **Sachbearbeiters beim Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst** nach. Das Buch bringt die **wesentlichen Grundzüge und Einzelvorschriften** des erweiterten Rechtsgebieten in der **bekannten kurzgefaßten und übersichtlichen Form**. Alle Stellen, die sich mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigen, werden dieses Werk, dessen **Bearbeiter** bei der **Abfassung der gesetzlichen Bestimmungen** und bei ihrer **Auslegung für die Praxis maßgebend mitgewirkt** hat, zweifelslos dankbar begrüßen und es bald als **unentbehrliches Hilfsmittel zur Durchführung ihrer Aufgaben** nicht mehr missen wollen.

Carl Heymanns Verlag in Berlin W 8

Dr. Wilhelm Ziegler

Der Abrüstungs-Betrug in Versailles

In einem schmalen aber gehaltvollen Bändchen weist Dr. Ziegler, der bekannte politische Schriftsteller, nach, daß selbst Frankreich im Jahre 1919 ein wesentlich größeres deutsches Heer für notwendig hielt. In eingehender, höchst fesselnder Darstellung bietet der Verfasser einen Abschnitt aus der wechselvollen Vorgeschichte des Versailler Diktates, zu deren Charakterisierung das Wort „diplomatische Hochstaperei“ durchaus zulaßig erscheint. Aus einer Tabelle am Schluß des Bändchens (das Übrige aus Untersuchungen über „Versailles, der Geschichte eines mißglückten Friedens“ entstanden ist) geht bewieskräftig hervor, in welcher unerhörten Weise die deutschen Wehrmachtsforderungen von den Alliierten in Versailles immer tiefer herabgedrückt wurden.

Die überzeugende Schrift zieht den Schleier von den ränkevollen Verhandlungen und wird berechtigtes Aufsehen erregen.

Preis 0,50 RM

(Bei Massenbezug verbilligt)

**Historisch-Politischer Verlag
Rudolf Hofstetter / Leipzig C1**

„Der Heimatdienst“

12. Jahrgang 1932

ist mit der Nummer 24 vollständig geworden.

Sie brauchen jetzt die geschmackvolle

Einbanddecke

in Halbleinen und mit Goldprägung

Preis RM 2,—

zuzüglich 40 Rpf. für Porto und Verpackung bei Voreinsendung des Betrags. Bei Nachnahmezusendung erhöhen sich die Kosten.

Der laufende Jahrgang

wird am besten und zweckmäßigsten in dem eigens für den „Heimatdienst“ angefertigten

Stab-Selbstbinder

aufbewahrt und zusammengehalten, der sich als wirklich brauchbarer Sammelineinband bewährt hat

Preis RM 3,60

zuzüglich 40 Rpf. für Porto und Verpackung bei Voreinsendung des Betrags. Bei Nachnahmezusendung Mehrkosten

**Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Potsdamer Str. 41**

Postcheckkonto Berlin 78 995

Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 3. Leiter: Min.-Rat Dr. Strahl.

Schäftleitung und verantwortlich für den redaktionellen Teil: Reg.-Rat Drege, Berlin-Kidtemade. — Verantwortlich für den Anzeigenenteil: W. Maschauer, Berlin-Kidtemade. — Anzeigenpreis: Die feckgeprägten Millionen-Zeile oben deren Raum 40 Pf. — Rabatt nach Tarif. — Kleinere Anzeigen-Zeilen: 20 Pf. 50 Pf. 100 Pf. 150 Pf. 200 Pf. 250 Pf. 300 Pf. 350 Pf. 400 Pf. 450 Pf. 500 Pf. 550 Pf. 600 Pf. 650 Pf. 700 Pf. 750 Pf. 800 Pf. 850 Pf. 900 Pf. 950 Pf. 1000 Pf. — Offizieller Anzeigenteil: Berlin SW 10.